

Volksstimme

Einzelpreis 15 Pfennig

Tageszeitung der Sozialdemokratischen Partei im Regierungsbezirk Magdeburg

Die „Volksstimme“ erscheint an jedem Wochentag abends. — Verantwortlich: A. Meißnerfeld, Magdeburg, für Inserate: Karl Pätz, Magdeburg. — Druck und Verlag: D. Pfanntsch & Co., Magdeburg. Fernspr. Amt Norden 23861—23865, erfolgt. Anzeigen unterem Teils 33 1/2 % Aufschlag. Für Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen bei nicht rechtzeitiger Zahlung Sonntag 20 Pf. — Anzeigenpreise für die Hauptausgabe: 1 mm Höhe u. 27 mm Breite lokal 13, auswärts 15 Pf., Aufträge keine Gewähr. Platzvorschrift unveränderlich. — Erfüllungsort Magdeburg. Postfachkonto 122 Magdeburg.

№. 248

Wittwoch den 23. Oktober 1929

40. Jahrgang

Zusammentritt des Staatsgerichtshofs

Preußen bestreitet die Zuständigkeit

Leipzig, 22. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Der Staatsgerichtshof ist heute vormittag um 10.45 Uhr zu einer ordentlichen Sitzung zusammengetreten, um sich mit dem Antrag der deutschnationalen Fraktion des Preussischen Landtags auf Erlass einer einstweiligen Verfügung gegen die preussische Regierung zu beschäftigen. Den ganzen Montag über haben in dieser Frage Vorverhandlungen stattgefunden. Die Entscheidung des Staatsgerichtshofes wird allgemein mit großer Spannung erwartet.

Geführt vom Reichsgerichtspräsidenten Dr. Bumke erschien der Staatsgerichtshof in folgender Besetzung: Vorsitzender Reichsgerichtspräsident Bumke, Beisitzer die Reichsgerichtsräte Hagemann, Trebe, Schmidt und die Oberverwaltungsgerichtsräte Dr. Groethuyßen, Luzemberger und Dr. Otto. Das Protokoll führt Regierungsinспекtor Krause.

In der Verhandlung des Staatsgerichtshofes wird die preussische Regierung vertreten vom Ministerialdirektor Dr. Vadt, Ministerialrat Schütze und Ministerialdirektor Brand. Die preussischen Vertreter werden in der Verhandlung die Zuständigkeit des Staatsgerichtshofes bestreiten. Sie stellen sich auf den Standpunkt, daß zur Entscheidung der Frage, ob ein Beamter in der Art seiner Betätigung die erforderlichen Grenzen innehalte, ausschließlich die Disziplinarbehörden berufen sind. Diese allein haben darüber zu entscheiden, ob die Betätigung eines Beamten zulässig oder unzulässig ist. Die preussische Staatsregierung kann sich dabei darauf berufen, daß auch das Oberverwaltungsgericht stets diesen Standpunkt eingenommen hat.

Ein weiterer formaler Einwand der preussischen Staatsregierung geht dahin, daß die vorgeschriebenen zwei Wochen Frist zwischen der Klagezustellung der Hauptverhandlung nicht gewahrt worden ist. In der Tat hat Reichsgerichtspräsident Bumke eine erstantliche Eile an den Tag gelegt, um der deutschnationalen Klage Geltung zu verschaffen.

In der Sache selbst nimmt die preussische Staatsregierung den Standpunkt ein, daß die Teilnahme am Volksbegehren gegen die besondern Willkür der Beamten verstöße, weil § 4 des Volksbegehrens, wie auch Reichspräsident von Hindenburg hervorgehoben hat, unfaßliche und persönlich verletzende Angriffe enthalte.

Starker Andrang

Leipzig, 22. Oktober. Schon vor der Eröffnung der Sitzung des Staatsgerichtshofes für das Deutsche Reich, in der über die Klage der preussischen Landtagsfraktion der Deutschnationalen Volkspartei wegen der Schädigung des Volksbegehrens durch die preussische Regierung und durch den Reichsinnenminister verhandelt werden soll, ist der kleine Verhandlungsraum im Reichsgericht schon bis auf den letzten Platz mit Zuhörern besetzt. Die Presse ist außerordentlich zahlreich erschienen.

Das Interesse, namentlich aus der Reichshauptstadt, ist sehr groß. Für die preussische Landtagsfraktion der Deutschnationalen Volkspartei, also für die Klägerin, ist als Vertreter Rechtsanwalt Seelmann-Eggebert (Berlin) erschienen, dem auch vom Reichsausschuß für das deutsche Volksbegehren, der nachträglich der Klage der deutschnationalen Landtagsfraktion beigetreten ist, Vollmacht erteilt wurde.

Vertagungsantrag abgelehnt

In Leipzig, 22. Oktober. Der Vorsitzende, Reichsgerichtspräsident Bumke, unternahm zunächst die Aufgaben der heutigen Verhandlung. Sie betreffen in erster Linie den Erlass einer einstweiligen Verfügung durch den Staatsgerichtshof. Mit Rücksicht auf die Frage offengelassen, ob nicht ein gegenseitiges Einverständnis der Parteien herbeigeführt werden könne, um auch zur Hauptsache zu verhandeln. An sich festes Praxis und Geschäftsordnung des Staatsgerichtshofes zur Verhandlung der Hauptsache die Wahrung einer Ladefrist von vierzehn Tagen voraus. (§ 6 der Geschäftsordnung.)

Rechtsanwalt Seelmann-Eggebert erklärte sich mit der Verhandlung der Hauptsache ohne Wahrung der Ladefrist einverstanden. Ministerialdirektor Vadt widersprach sowohl der Verhandlung zur Hauptsache als auch der Verhandlung über den Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung. In dem Erlass einer einstweiligen Verfügung würde die preussische Regierung die Vorwegnahme der Hauptsache sehen.

Die Verhandlung zur Hauptsache wurde infolgedessen von der Tagesordnung abgelehnt und ist damit erledigt. Denn wurde die Klärung der Frage der Anfechtung der Klage erörtert. Die Anfechtung, die vom Reichsausschuß für das Volksbegehren eingereicht ist und für die ebenfalls der Rechtsanwalt Seelmann-Eggebert bevollmächtigt ist, wurde von diesem infolgedessen als zulässig bezeichnet, daß die Parteifähigkeit des Reichsausschusses sich auf die im Reichsausschuß vereinigten Verbände,

die den Antrag für die Einreichung des Volksbegehrens eingebracht hätten, gründe.

Ministerialdirektor Vadt erklärte, es handele sich hier um die übliche Reichsverfassungsstreitigkeit, da der Reichsausschuß an sich nur als Gegner der Reichsregierung zu bezeichnen sei. Für Reichsverfassungsstreitigkeiten bestehe zurzeit keine höchste Instanz. Deshalb habe der Reichsausschuß den Umweg über die Klage der deutschnationalen Fraktion im Preussischen Landtag gewählt.

Der Reichsgerichtspräsident Bumke erklärte hierauf, der Staatsgerichtshof werde über die Frage der Zulassung des Reichsausschusses als Mitkläger vorweg entscheiden.

Ministerialdirektor Vadt wurde sodann das Wort erteilt, um sich über den Antrag des Erlasses einer einstweiligen Verfügung

zu äußern. Er erklärte, die zwingende Vorschrift des § 6 der Geschäftsordnung des Staatsgerichtshofes sehe eine Ladefrist von 14 Tagen vor. Diese Ladefrist sei doch zweifellos in Aussicht genommen, um den Staatsgerichtshof aus der Verlegenheit zu bringen, ernste Dinge über's Knie brechen zu müssen. Die ganze Frage würde ja auch mit dem Erlass einer einstweiligen Verfügung entschieden sein.

Das Gericht zog sich zur Beschlusfassung zurück. Beim Wiedererscheinen verkündete Reichsgerichtspräsident Bumke um 13 Uhr

folgende Beschlüsse.

1. Die Anfechtung des Reichsausschusses an das Klagebegehren der deutschnationalen Fraktion im Preussischen Landtag wird zurückgewiesen.
2. Der Antrag der preussischen Staatsregierung auf Vertagung wird abgelehnt.

Weimarer Rechtsregierung gestürzt

W. Weimar, 22. Oktober. In Beginn der heutigen Sitzung des Thüringischen Landtags gab der Abgeordnete Prof. Dr. Krüger im Namen der demokratischen Fraktion eine Erklärung ab, in der es heißt, zwei Parteien der bisherigen Regierungskoalition hätten es für richtig befunden, ohne die beiden andern Parteien zu verständigen, mit den Deutschnationalen und den Nationalsozialisten über einen Antrag zu verhandeln und ihn dann gemeinsam beim

Thüringischen Landtag einzubringen. (Num. d. Red.: Es handelt sich um den Antrag gegen den Young-Plan.)

Mit diesem Vorgehen, das die Regierung notwendig zum Rücktritt zwingen werde, sei die bisherige Regierungskoalition aufgehoben. Die Demokraten seien nach wie vor bereit, für das Wohl des Landes parlamentarisch mitzuarbeiten, aber ohne jede Koalitionsbindung.

Rücktrittsgesuch des französischen Pensionsministers

Briand will erst ratifizieren

Gesamtdemission angekündigt

Paris, 22. Oktober. Die diesjährige Tagung des französischen Parlaments, die heute nachmittag mit Eröffnungssitzungen von Senat und Kammer beginnt, hat einen sensationellen Auftakt gefunden. Der Pensionsminister hat infolge seiner bei den Senatswahlen erlittenen Niederlage, noch ehe er aus seinem Wahlkreis nach Paris zurückgekehrt ist, dem Ministerpräsidenten Briand telephonisch seine Demission mitgeteilt. Briand soll die Demission jedoch nicht angenommen haben, mit der Begründung, daß sofort nach der Ratifizierung der Haager Verträge das Kabinett ehedem seine Gesamtdemission geben werde.

Ein heute vormittag stattfindender Ministerrat, in dem das Programm für die Parlamentstagung endgültig festgelegt und die von der Regierung nach der Ratifizierung des Young-Planes zu ergreifenden Schritte einer Vorberatung unterzogen werden sollen, wird sich nochmals mit dem Demissionsantrag des Pensionsministers zu befassen haben.

Noch keine reine Linkeregierung

Paris, 22. Oktober. Einen wichtigen Beitrag zu der augenblicklichen innervollständigen Lage in Frankreich bildet eine am Montag in Caracassonne gehaltene große programmatische Rede Léon Blums. Blum zeigte sich in der Beurteilung der bevorstehenden Entscheidungen in der französischen Innenpolitik äußerst skeptisch. Die parlamentarische Majorität, die Poincaré selbst über die Zustimmung zum französisch-amerikanischen Schuldenabkommen trenn gelangt sei, die selbst den Christ-Poincaré durch den Locarno-Minister Briand geschluckt habe, werde aller Voraussicht nach dem von den Mittel- und Rechtsparteien lancierten Kandidaten Laroche ebenfalls zustimmen.

Wie stehe es nun mit den Chancen einer Linkeregierung in Frankreich? Die drei ausgeprochenen Linksparteien im französischen Parlament, nämlich Sozialisten, Radikalsozialisten und die kleine Gruppe der republikanischen Sozialisten vereinigen zusammen 225 Sitze. Zur Errichtung einer lebensfähigen Regierung sei aber eine Majorität von 325 Deputierten notwendig. Es sei daher unerlässlich, eine Entscheidung um jene zwischen rechts und links schwankenden Mittelparteien herbeizuführen, die das parlamentarische Bild in Frankreich verwirren und unsicher macht. Die Sozialisten würden daher in der kommenden Tagung die Taktik verfolgen, daß sie dem Parlament eine Reihe von Prüfungsfragen, Fragen von grundsätzlicher politischer Bedeutung vorlegen würden. Solche Prüfungsfragen würden sein die Frage der Sozialversicherung, die Frage der Steuerermäßigungen, die sofortige in großem Umfang durchzuführende Herabsetzung des Kriegsbudgets um.

Die Sozialisten seien prinzipiell einem Zusammengehen

mit den bürgerlichen Linksparteien nicht abgeneigt. Sie anerkannten die historische Mission der bürgerlichen Linksparteien in der französischen Politik. Gegenwärtig aber habe die Stunde der Uebernahme der Macht noch nicht geschlagen. Die objektive Lage ermögliche die Bildung einer reinen Linkeregierung in Frankreich noch nicht.

Sieben Reaktionen hinausgewählt

Paris wird zu den Wahlergebnissen vom Sonntag noch gemeldet:

Die Wahl-Krisenminister in Paris sind auch am Montag noch 24 Stunden nach Schluß der Senatswahlen eifrig damit beschäftigt, die Parteiverbindungen festzustellen, jeder kommt dabei zu andern Resultaten.

An der Spitze liegen die offiziellen Redner des Junceminipteriums, die auch mit der Goldwaage keine Verschönerung gefunden haben wollen. Sie können jedoch nicht in Abrede stellen, daß die Sozialistische Partei an Stelle ihrer zwei auscheidenden Senatoren drei ins französische Oberhaus bringen konnte. Dafür suchen die Redner der Reaktion andre imaginäre Gewinne in Rechnung zu stellen. Die Wahrheit ist jedoch, daß die reaktionäre Fraktion im Senat sieben Sitze verloren hat, sieben Sitze, die gerade von den wichtigsten ihrer Sprecher besetzt waren. So ist vor allem François Maréchal auf der Strecke geblieben, ein intimer Freund Poincarés. Ferner Maubert, einer der lautesten reaktionären Schreiber und Peres der einflussreichsten in Cailloux-Malen-Vertrag. Wenn aber die Reaktion sieben Sitze verloren hat, so muß sie irgend jemand wieder besetzt haben. Eine genaue Nachprüfung ergibt auch, daß die Sozialisten davon einen Sitz, die demokratische Linke (die Senatsfraktion der Radikal-Sozialisten) drei und die Rechtsradikalen im Zentrum ebenfalls drei Sitze gewonnen haben.

Auf jeden Fall hat also die Demokratie am Sonntag bedeutsame Fortschritte gemacht, und damit ist zugleich auch der Beweis erbracht, daß die reaktionäre Regierungsmehrheit in der Kammer, die das Junceminipterium mit seinen frommen Schwätzereien zu verneinen sucht, der wahren Stimmung im Lande längst nicht mehr entspricht.

Budget und Haager Abkommen

Paris, 22. Oktober. Kammer und Senat treten heute mittag zu einer außerordentlichen Tagung zusammen. Die Regierung wird voraussichtlich zu Beginn der Sitzung die Forderung stellen, daß die Ausdrache über das Budget für 1930 ohne Unterbrechung durchzuführen werde. Die Interpellationen, die sich auf die auswärtige und allgemeine Politik beziehen, sollen zurückgestellt werden. Diese 20 Interpellationen, die sich z. T. auf die Rheinlandklärung, auf die Saarfrage, auf die Ergebnisse der Haager Konferenz, auf die Unterredungen des Abg. Paul Reynaud mit Deutschland sowie auf die Frage der Abrüstung und des Verteidigungsbudgets an der französischen Liturgie beziehen, sollen bis zu dem Tage zurückgestellt werden, an dem das Gesetz über die Ratifizierung des Young-Planes zur Debatte steht. Man nimmt an, daß dies frühestens in den ersten Dezembertagen geschehen kann. Die beginnende Tagung dürfte also fast ausschließlich der Beratung des Budgets und der Ratifizierung der Haager Abkommen gewidmet sein.

Die Zündholzanzleihe abgeschlossen

Die Verhandlungen über die Anleihe des Kreuger-Konzerns an das Reich sind am Montag so weit gefördert worden, daß man mit Sicherheit rechnet. Ueber den Stand der Verhandlungen wird vom Reichsfinanzministerium folgendes mitgeteilt:

Zwischen dem Reich und Herrn Dr. Kreuger ist am Montag im Reichsfinanzministerium ein Vorvertrag über eine im Zusammenhang mit der Restrukturierung der deutschen Zündholzindustrie stehende Anleihe parafiziert worden. Ueber die Grundlagen eines endgültigen Vertragsabschlusses besteht volles Einverständnis. Einige Einzelheiten sind noch Gegenstand von Verhandlungen. Der Abschluß des Vertrags selbst wird in einigen Tagen erfolgen. Die Öffentlichkeit wird sodann über den Inhalt des Abkommens eingehend unterrichtet werden.

Die Bedingungen der Anleihe entsprechen ungefähr den Angaben, die vom „Zei-Vereinsblatt“ bereits vor Tagen mitgeteilt wurden. Bei den letzten Verhandlungen ist es gelungen, noch einige Verbesserungen zugunsten des Reiches und der Verbraucher durchzusetzen. Durch die das Urteil über die Gesamttransaktion günstig beeinflusst wird. Es handelt sich um eine Anleihe im Nennbetrag von 500 Millionen Mark. Sie wird in einem Ausgabefuß von 93 Prozent angesetzt. Der Zinssatz, der nominell 6 Prozent beträgt, erhöht sich dadurch auf 6 1/2 Prozent. Die Anleihe wird auf 20 Jahre gewährt, doch hat dem Reich das Recht zu, sie nach 10 Jahren zu kündigen. Wenn also nach 10 Jahren die Bedingungen auf dem Geldmarkt günstiger sind, kann das Reich die Anleihe ganz oder teilweise zurückzahlen oder eine Neuemission des Zinsfußes verlangen.

Der Zinswiderstand hat sich die Mittel für die Anleihe, die er dem Reich zur Verfügung stellt, selbst dadurch beschaffen, daß er auf dem internationalen Geldmarkt eine bekannte Fondsanstalt im gleichen Betrag anwinkelt. Diese Anleihe wird wahrscheinlich in einem Zinssatz von 7 Prozent unterzubringen sein, aber nur unter der Bedingung, daß die Fonds mit dem Reich zum Umtausch in Aktien ausgetauscht sind. Dadurch wird die Effektivverzinsung einer solchen Anleihe wesentlich erhöht. Folgedessen war der Zinswiderstand nicht in der Lage, sich mit einer Effektivverzinsung bei der deutschen Anleihe von 6 1/2 Prozent zu begnügen. Kreuger hatte daher die Bedingung, daß ihm aus Mitteln des Monopols nach der üblichen Zurückzahlung der Anleihe ein Zuschuß zufließen sollte. Ueber den Umfang dieser Zuschüsse hat man sich in den letzten Verhandlungen geeinigt. Sie erhöht die Gesamtverzinsung noch etwas, jedoch kann ihnen heute noch nicht werden, daß die gesamte Zinsbelastung des Reiches wesentlich geringer sein wird, als in den letzten Presse-meldungen angenommen worden ist.

Nur die Verbraucher am wichtigsten ist die Tatsache, daß der Preis für die Zündhölzer, der ursprünglich mit 35 Pfennig das Duzend in Aussicht genommen war, auf 30 Pfennig festgesetzt worden ist. Damit ist dem Verbraucher Rechnung getragen worden, den die Sozialdemokratie mit allem Nachdruck als die Voraussetzung für eine günstige Beurteilung der ganzen Anleihe bezeichnet hat.

Der Schutz der Verbraucher bleibt im übrigen durch die genossenschaftliche Eigenproduktion der Großhandelsfirmen deutscher Konsumvereine völlig unangewandt. Die Großhandelsfirmen deutscher Konsumvereine, die zwei große leitungsfähige Zündholzfabriken betreibt, behält die Sonderstellung, die ihr durch die bisherige Verfassung gewährt war; sie kann deshalb jeden entreichenden Mißstand durch ihre Eigen-

produktion decken. Der Wunsch der Konsumvereine nach Erhaltung ihrer Rechte ist dadurch voll erfüllt.

In den letzten Tagen ist von verschiedenen Seiten wiederholt gemeldet worden, daß Reichsbrauche das Angebot des Schwedens nicht zu akzeptieren, es gäbe andre Möglichkeiten, den Geldbedarf des Reiches auf dem Kreditweg zu decken, insbesondere durch eine Auslandsanleihe ohne Monopol. Selbstverständlich hat das Reichsfinanzministerium alle derartigen Möglichkeiten geprüft. Die Prüfung hat jedoch ergeben, daß bei den gegenwärtigen zugehörigen Verhältnissen auf dem Geldmärkten des Auslandes, insbesondere nach der Vorkriegszeit an den wichtigsten Geldplätzen der Welt, z. B. London und Brüssel, eine Möglichkeit, eine andre Auslandsanleihe anzuhaken zu nur annähernd gleich günstigen Bedingungen zu erhalten, nicht gegeben ist. Dabei blieb dem Reichsfinanzministerium angelehnt der schwierigen Aufgabe die unbedingte Erfüllung der kurzfristigen Kredite durch eine langfristige Anleihe verlangt, kein anderer Weg übrig.

Ein endgültiges Urteil über die Anleihe müssen wir uns natürlich bis zu dem Augenblick der Unterrichtung der Öffentlichkeit durch das Reichsfinanzministerium vorbehalten. —

Schwimbelanfälle vor der Katastrophe

Die Einschätzungen für das Inflations-gefahren, und zwar in den Städten und auf dem Lande, werden sich mehr und mehr zu einer Katastrophe für die Väter dieses „Vereinsblattes am Volk“ ausbilden. Im Augenblicke liegt man sich daran, über den „Schwimbelanfall“ zu reden, den man sich selbst durch die tägliche Verwendung von „Geld“ zu machen pflegt. Man belügt sich nur, wenn man behauptet, man sei sicher, bis die Niederlage unabweisbar vor der Tür steht.

Vorläufig ist nicht einmal damit zu rechnen, daß Jugenberg die für den Volkswirtschaft notwendigen 4,2 Millionen Schilling anfertigen. Auf 7 bis 8 Millionen hatte er gerechnet und was wird er in Wirklichkeit erhalten? Die Zahlen aus dem Westen und Osten aus Mitteldeutschland fallen kaum für ins Gewicht. In Berlin, im Süden und auch in Ostpreußen sind die Entregungen vieler ebenfalls wider Erwarten gering.

Jugenberg's Rechnung ist: Dürren, Baumern und das ganze Land. Aber selbst wenn man sich hier zu 100 Prozent gegen Hindenburg erklären würde, kann die abfahrende Haltung der Städte nicht weitgemacht werden. Die Entscheidung fällt letzten Endes nicht das Land, die Entscheidung fällt die Städte — und die sind gegen das Verbrechen Jugenbergs und seiner Clique. —

Schlösserei bei Wulle

Die Schlösserei bei Wulle ist eine internationale Angelegenheit. Die Schlösserei bei Wulle ist eine internationale Angelegenheit. Die Schlösserei bei Wulle ist eine internationale Angelegenheit. Die Schlösserei bei Wulle ist eine internationale Angelegenheit.

Vom Amte suspendiert

Die Schlösserei bei Wulle ist eine internationale Angelegenheit. Die Schlösserei bei Wulle ist eine internationale Angelegenheit. Die Schlösserei bei Wulle ist eine internationale Angelegenheit. Die Schlösserei bei Wulle ist eine internationale Angelegenheit.

Skarel-Untersuchung

Der Untersuchungsausschuß des Preussischen Landtags zur Prüfung der Skarel-Affäre wird sich am Mittwoch nachmittag konstituieren. Die erste Sitzung ist lediglich formaler Natur. Nach dem Zusammentritt des aus 29 Mitgliedern bestehenden Ausschusses werden die Schriftführer und Berichterstatter bestimmt werden. Anschließend soll eine Aussprache über den Arbeitsplan erfolgen. Die Kommunisten haben ihre Dispositionen über die Benennung des Vorsitzenden, die der kommunistischen Fraktion der Reichstagsentsprechend zufällt, wiederum geändert und den Abg. Schwank (Berlin) als Vorsitzenden benannt.

Der in Sachen Skarel von der preussischen Regierung eingesetzte Untersuchungskommissar vernahm am Montag die deutschen nationalen Stadtverordneten Vinke und Bunge sowie den demokratischen Stadtverordneten Moris Rosenthal. Alle drei sind Mitglieder des Kreditausschusses der Berliner Stadtverordneten-Versammlung und werden beschuldigt, die Skarel, zu denen sie freundschaftliche Beziehungen unterhalten haben, begünstigt zu haben. Nähere Einzelheiten über ihre Vernehmung liegen nicht vor.

Der Stadtkämmerer Dr. Lange, der es in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Verwaltungsrates der Berliner Stadtbank auf der nötigen Aufsicht fehlen lassen soll, hat gegen sich selbst die Eröffnung des Disziplinarverfahrens beantragt, damit ihm auf diese Weise die Möglichkeit gegeben ist, sich gegenüber den Vorwürfen zu rechtfertigen. —

Der Leiter der Berliner Anstaltsgesellschaft, der volksparteiliche Obermagistratsrat und Stadverordnete Schall, hat gegen den deutschen nationalen Stadtverordneten Major a. D. Merkel Strafanzeige wegen öffentlicher Beleidigung gestellt. In einer von Merkel anlässlich der bevorstehenden Kommunalwahlen veröffentlichten Broschüre „Die Skarel und ihre Helfer“ wird der Leiter der Anstaltsgesellschaft mit Vorgängen in Zusammenhang gebracht, die sich vor seiner Amtszeit unter der früheren Direktion abgespielt haben. Merkel hat inzwischen dem angegriffenen Obermagistratsrat gegenüber eine Ehrenklärung abgegeben. Schall hat ihn dennoch verklagt, und wie uns scheint, mit Recht.

Der große Verlust

Die Aktiven der Brüder Skarel betragen nach einer Mitteilung des Gerichts 1,8 Millionen Mark, während sich die Passiven auf nicht weniger als 10,8 Millionen Mark beziffern. Der Schaden dürfte im wesentlichen zu Lasten der Stadt Berlin gehen. —

Koalitionskonflikte in Bayern

Die bayerische Regierungskoalition ist gegenwärtig von schwereren Konflikten bedroht. Die sozialdemokratische Fraktion des Bayerischen Landtags nimmt dazu folgende Stellung ein:

Das politische Bedingungslose der gegenwärtigen Situation in Bayern ist die Tatsache, daß eine Regierungspartei, ohne die Regierung und die andere Koalitionsparteien zu verhandeln, in einer lebenswichtigen politischen Angelegenheit mit einer gewisslosen Oppositionspartei gegen die Regierung vorgeht. In jedem Lande, wo man auf volkstümliches Ansehen und sanftere Verhältnisse noch etwas gibt, würde ein Schritt, wie der der Deutschen Nationalen in Bayern, die Kündigung der Regierungskoalition bedeuten. In wenigen Tagen muß sich entscheiden, ob die Mehrheit der Regierung, bayerische Volkspartei und Bauernbund, diese politische Meinung herbeizuführen gewillt sind, oder ob sie sich weiter zum Schwanzende der deutschen nationalen hakenkreuzlerischen Katastrophopolitiker hergeben wollen.

Wieder einmal steht Bayern vor einer Situation, die eine Vereinigung der widersprüchlichen zweipoligen politischen Verhältnisse bringen könnte. Für die Zukunft und für die Wohlfahrt des Landes geht es um die Frage, ob sich die Regierungsparteien im Lande vollends vor den hakenkreuzlerischen und Jugenbergnern erniedrigen lassen und damit jeden politischen Rest verliern. Auf der bayerischen Volkspartei liegt die Verantwortung vor dem ganzen Lande, ob sie sich von den Katastrophopolitikern, die das Chaos herbeiführen und dann im Trüben ihre parteipolitischen Geschäfte machen, nun endlich trennen will.

Die Sozialdemokratie hat auf Grund ihrer parlamentarischen Tätigkeit das moralische Recht, die Verantwortung der anderen Parteien klar zu umreißen. Neben ihre Maßnahmen unbeachtet, dann wird sie an die bessere Einsicht der Wähler im Lande zu appellieren haben. —

Endlich Verfallungsschick

Der bayerische Innenminister hat endlich, und zwar unter dem Druck der Öffentlichkeit an die bayerische Polizei eine Verfügung gerichtet, die einen besseren Verfallungsschick...

Berliner Theaterabende

Karl Kraus: Die Unheimlichkeiten

Ein strapaziöses, verabschiedenes Theaterprogramm für die Berliner Bühnen. Die Unheimlichkeiten von Karl Kraus. Ein strapaziöses, verabschiedenes Theaterprogramm für die Berliner Bühnen. Die Unheimlichkeiten von Karl Kraus. Ein strapaziöses, verabschiedenes Theaterprogramm für die Berliner Bühnen. Die Unheimlichkeiten von Karl Kraus.

Die Unheimlichkeiten von Karl Kraus. Ein strapaziöses, verabschiedenes Theaterprogramm für die Berliner Bühnen. Die Unheimlichkeiten von Karl Kraus. Ein strapaziöses, verabschiedenes Theaterprogramm für die Berliner Bühnen. Die Unheimlichkeiten von Karl Kraus.

Diktator ohne Diktator

Die Unheimlichkeiten von Karl Kraus. Ein strapaziöses, verabschiedenes Theaterprogramm für die Berliner Bühnen. Die Unheimlichkeiten von Karl Kraus. Ein strapaziöses, verabschiedenes Theaterprogramm für die Berliner Bühnen. Die Unheimlichkeiten von Karl Kraus.

Die Unheimlichkeiten von Karl Kraus. Ein strapaziöses, verabschiedenes Theaterprogramm für die Berliner Bühnen. Die Unheimlichkeiten von Karl Kraus. Ein strapaziöses, verabschiedenes Theaterprogramm für die Berliner Bühnen. Die Unheimlichkeiten von Karl Kraus.

Späte Bedend-Aufführung in Leipzig

Die Unheimlichkeiten von Karl Kraus. Ein strapaziöses, verabschiedenes Theaterprogramm für die Berliner Bühnen. Die Unheimlichkeiten von Karl Kraus. Ein strapaziöses, verabschiedenes Theaterprogramm für die Berliner Bühnen. Die Unheimlichkeiten von Karl Kraus.

Ein sechsjähriges Genie

Das reizende Kind mit seinem Hund und seinem Spielzeug wirkt im Grunde so gar nicht wie ein Wunderkind, und doch ist diese kleine New Yorkerin tatsächlich eine Ausnahme unter ihren Altersgenossinnen. Daß sie Englisch, Französisch und Spanisch spricht, ist noch nicht einmal so merkwürdig, daneben aber schreibt sie auch Drame und erledigt ihre ganzen Korrespondenzen auf der Schreibmaschine, ist also das, was man als ein kleines Genie bezeichnen könnte. Alle Spezialisten, die sie auf ihren Gesundheitszustand untersucht haben, erklären sie körperlich für vollkommen normal, es ist also zu hoffen, daß die kleine Lorraine nicht sich ihrer ungewöhnlichen Veranlagung in ungetrübtem Glück freuen kann.

In letzter Zeit mehren sich in Amerika die Meldungen über sogenannte Wunderkinder; fast immer sind es halbwüchsige Kinder, die vollendete Gedichte schreiben oder sich sonst schriftstellerisch betätigen, während die musikalischen Wunderkinder, mit denen eine frühere Zeit so viel Unfug trieb, mehr verschwunden sein dürften. Sie scheinen auszufterben in unserm mechanischen Zeitalter, das die persönlichen Leistungen gerade auf dem Gebiet der Kunst durch technische Apparate ersetzt. Dadurch wird die Ausübung der Kunst einigermaßen behindert. Ein neuer Mozart hatte es heute gar nicht leicht, sich zur Geltung zu bringen.

Man weiß an sich nicht recht, ob man ein Elternpaar zu einem Wunderkind ehrlich beglückwünschen kann, denn meist wird die allzufrühe Entwicklung durch schwere Leiden und frühes Erbitten erkauft, andre Wunderkinder hatten in späteren Jahren durchaus nicht das, was sie als Kind versprochen.

Wenn in früheren Zeiten Wunderkinder häufiger auftauchten als heutzutage, so hat das wahrscheinlich seinen Hauptgrund darin, daß heute die Schule eine sehr gleichmäßige Allgemeinbildung bewirkt, in der es dem Ausnahmefind schwerer ist, die Fesseln zu sprengen und seine Talente sprunghaft zu entwickeln. Es wird zwangsweise zu einem langsameren Entwicklungsengang gezwungen, oft zu seinem Seile. Wenn wir unsere heutigen, frischen, übermütigen Vierzehnjährigen sehen, so fällt es uns schwer, sie aus als Universitätsprofessoren zu denken, wie es doch Philibde Keatier tatsächlich in seinem Alter war. Er verlor sein Magisteramt in Halle in allen Ehren.

Eins der meistbesprochenen Wunderkinder der früheren Zeiten war der Lübecker Christian Heineken, der als ganz kleines Kind erstaunliche Kenntnisse auf vielen Gebieten hatte und in ganz Europa bekannt war. Bei ihm aber war diese Frühentwicklung nicht, wie bei der kleinen Amerikanerin, von einer kernigen Gesundheit begleitet, sondern er starb schon mit 5 Jahren, in einem Alter also, wo das glückliche Durchschnittsfind noch keinerlei Begriff von Wissenschaft und Gelehrsamkeit hat. Viel erwähnt wurde seinerzeit auch das Wunderkind Karl Wirtz, der mit 5 Jahren schon das Abiturium machte und mit 14 Jahren zum Doktor der Philosophie promovierte. Aber auch mander im spätem Leben berühmte Mann hat anfangs als Wunderkind von sich reden gemacht, so zum Beispiel Karl Friedrich Gauß, der, Sohn eines Tagelöhners, schon als Kind an dem arithmetischen Tafel arbeiten, das später für die ganze Arithmetik maßgebend wurde. Auch Blaise Pascal hat schon als Zwölfjähriger ein von ihm erfundenes mathematisches Spielzeug aufgestellt, das seinen späteren berühmten mathematischen Arbeiten die Grundlage gab. Hauptsächlich sind hervorragend mathematisch begabte Kinder durchaus keine Seltenheit; diese Spezialbegabung braucht in keinerlei Verhältnis zu ihrer sonstigen Begabung zu stehen, vielmehr scheint gerade auf diesem Gebiet hauptsächlich die Mutation zu arbeiten.

Auch das Dichten pflegt sich früh in den Jüngern der Dichtkunst zu regen. Torquato Tasso schrieb als Achtehnjähriger sein Epos „Rinaldo“. Goethe, Schiller, Kleist und Goebelin haben früh den Weg zum Dichten und zu reifen Verstand, allerdings meist mit lyrischen Ergüssen, während das Talent zum epischen Schreiben sich gewöhnlich viel später entwickelt. Auch der Engländer Alexander Pope ist unter den Frühdichtenden nicht zu



vergessen, und der Franzose Viktor Hugo hat als Fünfehnjähriger schon für sein Gedicht „Des Abantages“ den Preis der Akademie erhalten. Als Zwanzigjähriger wurde ihm bereits ein ansehnliches Jahresgehalt ausgesetzt, um seiner Dichtkunst freie Bahn zu schaffen.

Was die Wunderkinder in der Musik betrifft, so gehörte Gändel zu den besonders Glücklichen, in ganz jungen Jahren erregte er so bedeutendes Aufsehen, daß der Herzog von Sachsen-Weissenfels sich seiner annahm und ihn ausbilden ließ. Seine erste Oper wurde in Hamburg aufgeführt, als er 18 Jahre alt war. Von Mozart weiß man, daß er als Sechsjähriger schon kleine Stücke komponierte, und das sein Vater mit ihm durch ganz Mitteleuropa reiste. Als Achtehnjähriger trat er in Paris vor dem König auf. Bald darauf wurde er auch dem König von England vorgestellt und widmete ihm sechs Violinsonaten. In seinem 15. Lebensjahr wurde er zum Mitglied der Philharmonischen Akademie von Vologna ernannt. Die unsterbliche „Figaros Hochzeit“ schrieb er in seinem 19. Lebensjahr, den „Don Juan“ im 21. Lebensjahr. Auch Beethoven beginnt schon als Dreizehnjähriger zu komponieren und ist mit 18 Jahren Hoforganist in Bonn. Mozarts erste Kompositionen stammen aus seinem 10. Lebensjahr. Cherubini begann als Dreizehnjähriger zu arbeiten.

Die Numpfkammer der Friedrichstadt

Wenn unsere Großväter aus Wurzelnach oder Hinterbühl vergnügungsgewandert nach Berlin gereist waren, dann erzählten sie nach ihrer Rückkehr in ihre Heimat von einem Tunnel, der mitten durch einen Häuserblock hindurchzuführen sollte. Sie erzählten gern und oft mit lugigem Blinzeln davon. In diesem Tunnel, „Passage“ benannt, konnte man für billiges Geld warme Würstchen, echten Granatschmuck, Bücher, Reiseandenken, schöne

Bilder und Bilderchen erstehen. Ueberhaupt sollte es dort allerhand Merkwürdigkeiten und Originalitäten geben, sogar ein Wachsfiguren-Kabinett! Auch wußten dort hübsche Frauen, die wohl auffällig, aber doch noch sehr bezug mit ihren Schleiern an den Fassaden vorüberstrichen. In der „Passage“ suchte man auch vor einem plötzlichen Regenguß Schutz, weil man doch den neuen Parapluie nicht der Nässe aussetzen wollte.

Heute ist das alles ganz anders geworden. Im Eingang sind Bild-Automaten aufgestellt, Wunder der Technik und Wunder unsers Zeitalters. Für einen Groschen kann man durch ein Bi-nokel sehen: „Bauchtanz“ — „Rijensschlacht“ — „Am Toiletentisch“ usw. So etwas kann es seinerzeit kaum gegeben haben. Auch der Bilderfalon wäre vor einem halben Jahrhundert unmöglich gewesen. Man denke: „Original-Gemälde von akademisch gebildeten Künstlern zu konkurrenzlosen Preisen.“ Prima Originale und Selbste. Auf prominenten Gemälden ist ein zweckmäßiger Hinweis angebracht: „Fürs Herrenzimmer“, „Fürs Speisezimmer“. Unter der Kopie des berühmten herrenlosen Schimmels auf freiem Felde steht der sinnige Spruch: „Es wiehert unjans!“ Fürs Schlafzimmer dürfte wahrscheinlich der „Verkauf einer Elavin“ in Aussicht genommen sein, nicht wahr, Herr Kunst-händler?

Mit den Granaten scheint man seinerzeit nicht einmal aufgeschritten zu haben. Es muß doch etwas recht Solides, Wert-beitändiges um einen „Schmuck aus echten böhmischen Granaten“, aus den „Neal Bohemian Garnets“, sein.

„Treten Sie ein, es kann Ihr Glück sein!“ Was ist das? Natürlich eine Lotterie. Selbstverständlich kann es Ihr Glück sein, Herr Kollektor; das war schon seit jeher so. Auch seinerzeit und morgen. Ein zeitloser Laden. — Eine Buchhandlung bemüht sich, mit moderner Literatur ihre altbekannte Tradition zu bewahren — als wenn unsere Großväter sich keine Schmöher für die Reife besorgt hätten, als wenn wir Kinder nicht auch darin geblüht hätten. Nicht ein einziger Bala, dafür „Reichheitsgürtel, 254 Seiten“ — „Aofain, 247 Seiten“ — „Die Jungfrau von 18 Karat, 256 Seiten“ — „Lugusmeibchen, 245 Seiten stark“.

Guten Tag, Herr Artur Fischer! Porträts nach Photographien, ausgeführt von diversen königlichen Hofmalern: „Es genügt eine selbst verbliebene Photographie zur Herstellung eines garantierten ähnlichen Porträts.“ Augenblicklich ist ihm Hindenburg, Herr Artur Fischer pinxelt ihn freischöpftrommfrei auf die Staffelei; man sieht das vom Schaufenster aus. Frage: Wozu sieht ihm nun eigentlich der Reichspräsident? „Es genügt eine selbst verbliebene...“

Das Wachsfiguren-Kabinett unserer Großväter kann sich natürlich nicht mit dem „Anatomischen Museum“ vergleichen. Panoptikum mit Cytra-Kabinett 50 Pfennig und in einer Sonder-schau ohne Entree. „Die Geschlechtskrankheiten in den verschiede-nen Stadien“. Die in allen Farben elektrisch leuchtenden Rosen in Blumenvasen und zum Ansehen für Tanz und Trauerfeiern sind, wie zu lesen steht, „Kunstgewerbliche Erzeugnisse“. Wer hat früher etwas von Kunstgewerblerinnen gewußt? Dann gelangt man an der Cafe Cook u. Son vorbei auf die Prachtstraße „Unter den Linden“, und kein Mensch ahnte mehr etwas von der alten Numpfkammer, wenn nicht Herr Artur Fischer ein Porzellanbild an der Lindenfront angebracht hätte.

Und noch einmal im Laufschrift zurück durch den Tunnel! Achtung, die Augen links: Gummi, Gummi, Welspanorama, für 20 Pfennig die „Baumbüte in Aremstal“, wackelnde Brillanten, Markenjanmlung kaufen „feine Europa“, Ländervafete 30 Pro-zent Rabatt. Werbüro, Prälatenprübl und ein halbes Duzend Weiber, weil es auf der Friedrichstraße wieder regnet wie zu Großvaters Zeiten...
Mag Bernardi.

Wunschkindertag!

Wer einmal die Angebote unserer Kindertage kennengelernt hat, der wird's sehr begreiflich finden, daß manche Mutter alles stehen und liegen läßt, um solche Gelegenheit wahrzunehmen.

Und auch wir selbst empfinden es immer mehr als etwas Schönes, wenn das kalte Einerlei der Arbeitswoche am Mittwoch durch das herzerquickende fröhliche Treiben des jungen Volkes unterbrochen wird.

Wenn auch Sie wissen wollen, was es bedeutet, Kleidung für Ihre Kinder wirklich vorteilhaft zu kaufen, dann —

GEHEN SIE ZU

Magdeburg
Breiter Weg 109

C&A

BRENNINKMEYER

Nachdruck von Wort und Bild verboten!

Kleine Chronik

„R 101“ wieder in der Halle

Zu London, 22. Oktober. Das Luftschiff „R 101“ ist am Montagabend im Hinblick auf das angeführte außerordentlich ungünstige Wetter vom Unterwasser in Cardington wieder in die Halle gebracht worden. Wie amtlich mitgeteilt wird, werden an dem Luftschiff noch einige Veränderungen vorgenommen werden. Diese Umbauten sollen — so wird versichert — zur Verbesserung der Leistung des Luftschiffes dienen, seien aber nicht auf Konstruktionsfehler zurückzuführen.

In einer New Yorker Zeitung schildert das frühere Mitglied des Britischen Luftfahrtvereins, Major Geoffrey, die neuen englischen Luftschiffe „R 101“ und „R 100“ als umwälzende Neuschöpfungen auf dem Gebiete des militärischen Luftfahrtwesens. Geoffrey hat die Konstruktion des „R 101“ mitgemacht und die Überzeugung gewonnen, daß die neuen Luftschiffe nur für Kriegszwecke verwendet werden können und auch nur dafür gebaut wurden. Das englische Luftfahrtministerium habe zwar offiziell erklärt, daß die Schiffe einem regelmäßigen Passagierdienst England-Indien dienen sollten, das sei aber aus atmosphärischen Gründen wegen der über Arabien und dem Indischen Ozean herrschenden Hitze unmöglich. Auch äußert Geoffrey die Vermutung, daß der Konstrukteur der Luftschiffe, Sir Denison-Burney, ihre eigentliche Bestimmung absichtlich verschleiert habe, wenn er in seinem kürzlich erschienenen Buch erklärte, diese Luftschiffe seien für Kriegszwecke bereits veraltet. In Wirklichkeit — sagt Geoffrey — sollen die neuen Schiffe im Kriegsfall als Flugzeugmutterchiffe dienen. Wie er wenigstens auf dem „R 101“ feststellen konnte, befinden sich an der Seite des Luftschiffes Vorrichtungen, um insgesamt 15 Flugzeuge zu verankern. Vollkommen neu ist man, daß diese Flugzeuge nicht nur aus eigener Kraft von Luftschiff abfliegen und wieder anlegen können, sondern daß sie auch, so lange sie verankert sind, ihre Motoren laufen lassen können und dadurch die Tragkraft und die Eigengeschwindigkeit des Luftschiffes beträchtlich erhöhen.

Großfeuer in Berlin

In der Nähe des Hermannplatzes in Berlin war am Montagabend ein Großfeuer zu verzeichnen. In dem von dem Brandunglück betroffenen Hause befinden sich im Zeilenflügel und im Luergebäude große Tischlereien und Holzwerkstätten. Die Arbeiter und Angestellten hatten das Gebäude bereits verlassen, als Bewohner aus den Dachlukken der Fabrik dichten Qualm dringen sahen. Als die Feuerwehr auf der Brandstelle eintraf, war der ganze Hof bereits in dichten Rauch gehüllt. Der großen Gefahr wegen wurde an sämtliche Feuerwehrtöten die fünfte Alarmstufe gemeldet. Erst in den späten Abendstunden konnte der Brand gelöscht werden. Der außerordentlich große Sachschaden ist durch Versicherung gedeckt. Insbesondere sind große Mengen von fertigen Möbeln und Matrasen verbrannt.

Entwurf einer alten Festungsmauer

Zu Paris, 22. Oktober. Nach einer Meldung aus Neuves in Marokko stürzte dort eine aus dem 17. Jahrhundert stammende 8 Meter hohe Festungsmauer auf einer Länge von 100 Meter zusammen und begrub acht Häuser unter sich. Aus den Trümmern wurden bisher elf Leichen geborgen. Zwei schwer verletzte Europäer mußten ins Krankenhaus geschafft werden.

Sandgranatenanschlag in einem polnischen Dorfe

Zu Warschau, 22. Oktober. Wie aus Lemberg gemeldet wird, sind im Dorfe Firlejew sieben Personen durch die Explosion einer Handgranate, die von einem unbekannten Täter während eines Festes in ein Bauerndorf geworfen wurde, schwer verletzt worden.

Eine Verbrecherbande von Knaben

Zu Krynitz, 22. Oktober. Wie aus Krynitz gemeldet wird, ist der Polizei die Aufklärung einer aus sechs Knaben im Alter von 6 bis 14 Jahren bestehenden Verbrecherbande, die seit 1 Jahre in Krynitz eine Anzahl von Verbrechen begangen hat, gelungen. Führer der Bande war ein Junge von 10 Jahren. Die Bande war so gut organisiert, daß die Untersuchung der Polizei große Schwierigkeiten machte. Man ist der Ansicht, daß das Zusammengehören der Bande recht lang ist. Vorläufig ist festgestellt worden, daß die jungen Verbrecher eine ganze Anzahl von Diebstählen in Lagern, Verlagern, Automaten, Schiffen, Gärten und Bühnenhäusern begangen haben. Ferner haben sie viele Verwüstungen angerichtet, indem sie zahlreiche Schaufensterscheiben zertrümmerten und Markisen zerstörten. Die Bande kam in einer Erdhöhle im Walde, die wie eine richtige Verbrechergentrale eingerichtet war.

Großfeuer im englischen Holzwald

In Wembley, dem englischen Holzwald, brach in der Nacht zum Montag ein Großfeuer aus. Dem die Filmrollen der British Talking Pictures und der British Sound Produktion zum Opfer fielen. Die Arbeiter einer dritten Gesellschaft, die in der

Das Flugschiff mit 169 Passagieren

Großer Start

Friedrichshagen, 22. Oktober. Das Großflugzeug Do X, das am Montag um 11.25 Uhr mit 169 Personen Besatzung auslief, landete nach kühnlichem Fluge über dem Bodensee ohne Zwischenfall. An Bord des Flugschiffes befanden sich Vertreter der Behörden und der Presse. Bevor das Flugschiff aufstieg, mußte jeder einzelne schriftlich erklären, daß er für den Fall eines Unglücks Ansprüche an die Dornier-Werke nicht zu stellen habe und den Flug auf eigenes Risiko mitmache.

Kurz nach 11.15 Uhr haben die zwölf Motoren mit ihren mehr als 6000 PS. vollen Tourenzahl erreicht. Der Start konnte beginnen. Schon nach 52 Sekunden schwebte der Luftriesen in lichtstrahlender Höhe dahin. Er flog über Horn, Arbon, Romanshorn und wendete sich dann wieder dem Bodensee zu. Erst 100 Meter, dann 200 Meter hoch, und schließlich zeigte sich das Schiff den Friedrichshagenern in 400 Meter Höhe. Die Geschwindigkeit betrug 170 Kilometer in der Stunde. Um 11.57 Uhr traf Do X über

Altenrhein, seiner Heimat, ein. Nach einer eleganten Schleife über der Dornier-Werft wurde zur Landung geschnitten. Um 12.04 Uhr setzte die Maschine nach ihrem so glänzenden gelungenen Flug auf dem Wasser auf. Ein Wunder der Technik, über das in der ganzen Welt gestaunt werden wird, hat sich als gelungen gezeigt.

Von den 169 Passagieren des Flugschiffes gehörten 19 zu der Besatzung. Der Flug mit einer derartig hohen Personenzahl bedeutet eine Sensation. Selbst mit den größten Luftschiffen, die leichter sind als Luft, wurden bisher im Höchstfall immer nur 80 bis 90 Personen transportiert. Bei dem Flugzeug galt eine Zahl von 25 Personen schon als besonders hoch. Sicher ist das Riesenschiff technisch noch nicht ganz vollkommen, aber der Anfang mit einem neuen Wunder der Technik ist gemacht und dürfte auf die Dauer sicherlich zu großen Erfolgen führen. Dornier beabsichtigt, seine Versuche bereits demnächst in Travemünde fortzusetzen.

5 Millionen unterschlagen?

Aron noch nicht gefunden.

In der Angelegenheit des Berliner Rechtsanwalts Dr. Aron ist volle Klarheit noch nicht geschaffen worden. Aron galt in Kollegenkreisen als durchaus solide und zuverlässige Persönlichkeit. Ueber sein persönliches Leben ist nie etwas Ungünstiges bekannt geworden. Er bewohnte ein Grundstück in der Mietvilla und lebte keineswegs auf sehr großem Fuße. Am so größer war das Er-



Dr. Siegfried Aron.

namen in den Kreisen, die es angeht, als man erfährt, daß der Geschädigte durch seine Transaktionen, die, wie jetzt festgestellt wurde, mit Vorspiegelungen im Zusammenhang stehen, sich auf mindestens 2 1/2 Millionen Mark belaufen. Es steht aber noch nicht einmal fest, daß die Verluste bei dieser Ziffer halt machen. Man spricht bereits von einem nachweisbaren Schaden in Höhe von 5,5 Millionen Mark, wobei das schlechteste Schicksal Waldenburg, die Hochburg des Hungerretariats, das jedoch erst durch einen Bankrott schwer geschädigt wurde, wieder einmal beteiligt sein soll. Auch in einer Pflegschaftsache soll sich Aron eine Unterschlagung haben zuschulden kommen lassen, die sich auf über 3 Millionen Mark beläuft.

Nähe lagen, konnten gerettet werden. Der Schaden beträgt 2 bis 3 Millionen Mark.

Festnahme eines Betrügers. In Wien wurde der Rechnungsführer der Sparkasse Essen, der mit verurteilten Sparfahrgeldern geflüchtet war, festgenommen. Er gab seine Defraudation zu und versuchte darauf mit dem Taidenmeister Selbstmord zu begehen, so daß er mit einer schweren Stichwunde in der Herzgegend ins Krankenhaus geschafft werden mußte.

Drei Millionen gewonnen. Das Haager Gericht hat in einem Lizenzprozeß der schweizerischen Gesellschaft Sinalos, der schweizerischen Gesellschaft der Levant-Glühlampengesellschaft, gegen die holländische Glühlampengesellschaft Philips wegen widerrechtlicher Benutzung eines Patentes entschieden, daß die Klage der schweizerischen Gesellschaft zu Recht besteht und die holländische Gesellschaft ihr einen Schadenersatz von 3 Millionen Gulden zu entrichten habe.

Dr. Aron selbst behauptet in einem Schreiben, das er kurz vor seiner Flucht an den Rechtsanwalt Dr. Albersberg richtete, er sei zu seinen Verurteilungen durch seinen Vorgesetzten Reiser veranlaßt worden, gegen den seit langer Zeit ein Verfahren wegen Urkundenfälschung und Betrug schwebte. Dieser Reiser wurde dadurch einer größeren Öffentlichkeit bekannt, daß er gewisse Urkunden und Beamte des Moskauer Gerichts zu Akten diebstählen veranlaßte, die mit dem gegen ihn schwebenden Prozeß zusammenhingen. Reiser wurde deswegen seinerzeit zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Bald darauf mußte gegen ihn Anklage wegen Urkundenfälschung erhoben werden, weil er auf den Namen des Dr. Aron einen falschen Scheck ausgestellt hatte. Rechtsanwalt Aron versuchte damals die Sache wieder in Ordnung zu bringen, indem er sich um die Annullierung der gefälschten Urkunden bemühte. Das war vergeblich. Als die Angelegenheit zur gerichtlichen Untersuchung gelangen sollte, hielt er sich heraus, daß auch hier wieder die Akten diebe ihre Finger im Spiele gehabt hätten: Das wichtigste Dokument in Sachen der Scheckfälschung, der Scheck selbst, fehlte in den Akten. Wegen dieses Delikts wurde Reiser seinerzeit zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Am Montag sollte die Berufungsbehandlung in dieser Angelegenheit stattfinden. Da Rechtsanwalt Dr. Aron nicht auffindbar war, wurde der Prozeß auf unbestimmte Zeit vertagt.

Die Polizeibehörden haben inzwischen alle Schritte unternommen, die geeignet sind, den Fall Aron aufzuklären und den Aufenthaltsort des Geflohenen festzustellen.

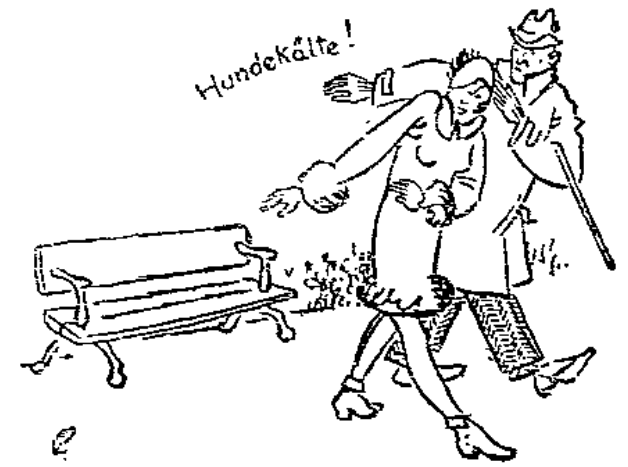
Waldenburg hat 600 000 Mark Schaden.

Die Stadt Waldenburg, die auch in der Betrugsaffäre des flüchtigen Berliner Rechtsanwalts Aron verwickelt ist, dürfte nach den bisherigen Feststellungen einen Schaden von 600 000 Mark erleiden. Aron hat der Stadt vor längerer Zeit gegen Hinterlegung von 1,56 Millionen Mark Frankfurter Stadtanleihe einen Kredit von einer Million Mark gegeben. Inzwischen hatte sich die Stadt von der Frankfurter Pfandbriefbank die Summe von einer Million Mark beschafft. Dieses Geld sollte an Dr. Aron gezahlt werden, wofür er die bei ihm liegenden Obligationen am Montag herausgeben wollte. Der Rechtsanwalt hat sich dieser Verpflichtung jedoch durch die Flucht entzogen. Da man damit rechnen muß, daß Aron auch diese Papiere betrunken hat, erleidet die Stadt Waldenburg voraussichtlich einen Schaden von 600 000 Mark.

Inzwischen ist festgestellt worden, daß Aron vor seiner Flucht von seinem Bankkonto noch 60 000 Mark abgeboben hat.

Opfer der Berge. Seit Anfang Oktober werden zwei Berliner, die sich zu einer Tour in die Skarveta-Gruppe (Engadin) begeben hatten, vermißt. In einer Schutzhütte des Gebietes hat man zwei Sachen gefunden, die die beiden dort zurückgelassen haben. Es ist deshalb mit Sicherheit anzunehmen, daß sie in den Bergen verunglückt sind.

Wie wird das Wetter am Mittwoch?



Fortdauer der herrschenden Witterung.

Ständiger Paroxysmus über Nordeuropa hat bis zur Nord- und Lirica hin eine beträchtliche Verstärkung des Luftdruckes, merklichen Abwärtsverlauf und eine damit im großen und ganzen parallele Luftströmung hervorgerufen. Im mittleren Europa sind dagegen nach wie vor bei verhältnismäßig hohen Barometerständen nur geringe Luftdruckunterschiede vorhanden, so daß hier das ruhige, nichts bis zu Frost kalte Wetter mit ausgedehnten Gebieten niedrigeren Nebels fortbesteht, aus dem der Part zum größten Teile herausragt und daher heiteres Wetter hat. Die über Nordeuropa aufgekommene Westströmung führt über See erwärmte, ehemalige Polarluft gegen die kontinentalen Kalifronten heran, die dabei zurückgedrängt werden. Auch im deutschen Küstengebiet dürfte die mildere maritime Strömung vorübergehend die Oberhand gewinnen. Im Binnenland wird dagegen die über Mitteldeutschland etwa 300 Meter hohe kalte Bodenschicht kaum zur Abtragung gelangen, so daß hier das herrschende Wetter noch weiter andauern wird.

Voraussichtliche Witterung am Mittwoch. Fortdauer der herrschenden Witterung. Auch am Donnerstag noch keine wesentliche Veränderung wahrscheinlich.

Wasserstände

Ort	Stunde	Stunde	Stunde	Stunde	Stunde
Hamburg	22.10	-0,09	—	—	—
	23.10	-0,09	—	—	—
Brandenburg	22.10	-0,25	—	—	—
	23.10	-0,25	—	—	—
Berlin	22.10	+0,27	—	—	—
	23.10	+0,27	—	—	—
Südmerse	22.10	+0,08	—	—	—
	23.10	+0,08	—	—	—
Aulha	22.10	-0,41	—	—	—
	23.10	-0,41	—	—	—
Frieden	22.10	-0,01	0,02	—	—
	23.10	-0,01	0,02	—	—
Zornen	22.10	-0,02	0,06	—	—
	23.10	-0,02	0,06	—	—
Strehlenberg	22.10	+0,78	0,04	—	—
	23.10	+0,78	0,04	—	—
Strehlen	22.10	-0,05	0,04	—	—
	23.10	-0,05	0,04	—	—
Afen	22.10	+0,20	0,05	—	—
	23.10	+0,20	0,05	—	—
Saxo	22.10	+0,14	0,07	—	—
	23.10	+0,14	0,07	—	—
Wangermünde	22.10	+0,62	0,06	—	—
	23.10	+0,62	0,06	—	—
Wittenberge	22.10	+0,25	0,02	—	—
	23.10	+0,25	0,02	—	—
Gens	22.10	-0,18	0,06	—	—
	23.10	-0,18	0,06	—	—
Wismig	22.10	-0,18	0,06	—	—
	23.10	-0,18	0,06	—	—
Walsen	22.10	-0,18	0,06	—	—
	23.10	-0,18	0,06	—	—
Waltersburg	22.10	-0,21	0,06	—	—
	23.10	-0,21	0,06	—	—
Gohndorf	22.10	-0,21	0,06	—	—
	23.10	-0,21	0,06	—	—
Raden	22.10	-0,28	0,07	—	—
	23.10	-0,28	0,07	—	—
Havel	22.10	+0,68	0,05	—	—
	23.10	+0,68	0,05	—	—
Eggen	22.10	+1,42	0,08	—	—
	23.10	+1,42	0,08	—	—
Rathenow	22.10	+0,28	0,08	—	—
	23.10	+0,28	0,08	—	—
Eggen	22.10	+1,38	—	—	—
	23.10	+1,38	—	—	—
Eggen	22.10	-0,14	0,06	—	—
	23.10	-0,14	0,06	—	—
Eggen	22.10	+0,00	0,08	—	—
	23.10	+0,00	0,08	—	—
Eggen	22.10	+2,00	—	—	—
	23.10	+2,00	—	—	—
Eggen	22.10	+0,48	—	—	—
	23.10	+0,48	—	—	—
Eggen	22.10	+1,46	—	—	—
	23.10	+1,46	—	—	—
Eggen	22.10	-0,10	—	—	—
	23.10	-0,10	—	—	—
Eggen	22.10	+0,69	—	—	—
	23.10	+0,69	—	—	—
Eggen	22.10	-0,01	—	—	—
	23.10	-0,01	—	—	—
Eggen	22.10	-0,78	—	—	—
	23.10	-0,78	—	—	—
Eggen	22.10	-0,87	—	—	—
	23.10	-0,87	—	—	—

Hausangestellteentragödie

Wegen Kindesmordes vor Gericht - Die Stimme der Menschlichkeit schweigt

Das Schwurgericht des Landgerichts III in Berlin verurteilte die Hausangestellte Renck wegen Kindesmordes unter Umkleung mildernder Umstände zu 2 Jahren Gefängnis.

Ein Mädchen von 24 Jahren aus der Gegend von Weizenfels steht wegen Kindesmordes vor den Geschwornen. Mit 17 Jahren hatte sie das Elternhaus verlassen — in einem Alter, in dem bürgerliche Mädchen noch wohlbehütet und bewahrt sind — und hat in Pommern eine Stellung angenommen. Unwissend, unerfahren, hat sie ihr erstes Liebesverhältnis gehabt. Sie wurde Mutter, aber der Mann, den sie als Vater des Kindes bezeichnete, entzog sich der Verjüngungspflicht, weil er nachweisen konnte, daß sie neben ihm noch mit anderen Männern Umgang gehabt habe. Sie prozeßiert und wird abgewiesen. So muß sie allein für das Kind aufkommen, das sie für 20 Mark monatlich in Pflege gibt.

Damit kommt sie, erst 20 Jahre alt, nach Berlin, zuerst zu einem alten Ehepaar, dann, als der Mann gestorben ist, zu vermögenden Leuten als „Mädchen für alles“. Das bedeutet: sie muß die größte Hausarbeit verrichten. Ihrer älteren Schwester gegenüber, die sie hat anfährt, und der sie sich kaum anzuvertrauen wagt, beklagt sie sich zuweilen über Maturität. Sie hat schon immer an Untertan und Weichheit gelitten. Die Hungerjahre des Krieges, die sie in der strengsten Entwicklung überfallen haben, werden das übrig gerat haben, sie zu schwächen. Von früh bis in die finstere Nacht ist sie auf den Beinen. Immer willig und freundlich, und besonders anhänglich an die Kinder ihrer Arbeitgeber. Jedermann weiß nur Gutes von ihr anzufagen.

Und nun das Unglück: Am zweiten Osterfeiertag des vorigen Jahres lernt sie einen „Herrn“ kennen; d. h. einen Mann, der in guten Verhältnissen lebt und sie in seine Wohnung mitnimmt. Sie trauert sich zuerst, aber er habe sie „gezwungen“. Ein etliches Mal war sie dort. Ein paar Wochen später fühlt sie sich wieder schwächer. Sie schreibt ihm, bittet um eine Unterredung, der Mann kommt nicht, läßt sie unkonkret auf der Straße warten. Von da an unternimmt sie nichts mehr. Ihrer Dienstherrin, der die Veränderung auffällt, antwortet sie ausweichend. Die Geburt erwartet sie im Januar. Aber schon am 29. Dezember frühmorgens nach 6 Uhr stellen sich die Wehen ein, und es erfolgt eine Entbindung auf der Toilette, deren grauenhafte

Tragik nicht zu schildern ist. Das Mädchen fällt in Ohnmacht; als es wieder erwacht, ist das Kind tot. Die junge Hausangestellte schleicht sich hinaus, verliert ein zweites Mal das Bewußtsein und wird so von ihrem Dienstherrn gefunden. Man bringt sie zu Bett, ruft den Hausarzt. Er findet das tote Kind. Zunächst wird das Mädchen in die Charité eingeliefert, nach acht Tagen ins Untersuchungsgefängnis, aus dem sie nach 6 Wochen zu ihren Eltern entlassen wird.

Die Urteilsurteil ergibt, daß das Kind lebensfähig gewesen wäre. Aber hat die Mutter wirklich die Lösungsbüchse gehabt? Es handelte sich um eine sogenannte „Sturzgeburt“, die eine Überfüllung der dabei bereitgestellten Blutgefäße und eine Entleerung des Gehirns zur Folge hat. Das Bewußtsein wird bei einem Menschen in diesem Zustand getrübt — die Bewußtseinswerte muß sich zumindest nahe an Bewußtlosigkeit befinden haben. Bedeutsam ist ihre Heilungsfähigkeit ohnehin nie gewesen. Sie bereuert, sie habe das Kind nicht töten wollen, sondern nur am Schreien verhindern. Sie hätte ihm den Knebel aus dem Munde genommen, wenn sie nicht ohnmächtig geworden wäre. Lediglich diese Schwäche habe sie daran gehindert. Die Verteidigung weiß noch andre Umstände anzuführen, die dafür sprechen: ihre Eltern seien keine Klammern — im Gegenteil: sie haben die Tochter liebevoll aufgenommen, als sie aus dem Gefängnis kam. Der Vater hätte zum Unrecht des Kindes herangezogen werden können. Und schließlich hätte sie bis zur Ankunft des Hausarztes, also innerhalb von 1 1/2 Stunden, Zeit genug gehabt, die Leiche und alle Spuren des Vorfalls zu entfernen, wenn sie sich schuldig gefühlt hätte.

Das Gericht hört nicht auf diese so naheliegenden Argumente. Möglich, daß es durch die Schlichtheit des Mädchens, das von seiner Verteidiger recht ungenügend behandelt wurde, fast höflich — jedenfalls sehr von oben herab, ungünstig beeinflusst wird. Es ging ja nicht so fein und zarigfühlend zu, wie bei der hochgeborenen Grafin Montan. Der Staatsanwalt, der auf vorbedachte Lösung unter mildernden Umständen plädiert, behielt Recht gegen soziale und menschliche Empfinden, und so kam ein Urteil zustande, das in weiten Kreisen befreunden muß. Das ohnehin schon so hart mitgenommene Geschöpf wird — ohne Bewährungsfrist — auf zwei lange Jahre ins Gefängnis geschickt!

Sport & Spiel

Städtewettkampf im Schwimmen

Am Sonntag den 10. November wird der Städtewettkampf im Schwimmen zwischen Hannover und Magdeburg im Magdeburger Wilhelmshafen zum Austrag gelangen. Ursprünglich war ein Viertkampf geplant zwischen den Städten Berlin, Leipzig, Hannover und Magdeburg. Dieser scheiterte aber leider an dem Abgange der Leipziger einerseits und dann an den Berliner Schwimmern, die auf Grund der späten Gegenläufe unter den einzelnen Vereinen keine Städtemannschaft zustande bringen konnten. So wird also nur ein Zweikampf zwischen den genannten Städten stattfinden. Der Rückkampf soll schon am 1. Dezember in Hannover sein. Geplant sind für beide Kämpfe fünf Staffeln und ein Wasserballspiel mit 7er Mannschaften. Da die Staffeln in großem Format ausgetragen werden und auch beide Städte ihre besten Kräfte an den Start bringen, verspricht schon die erste Veranstaltung im Magdeburger Wilhelmshafen ein Großkampf zu werden. Ueber die einzelnen Staffeln sowie das Schwimmprogramm wird noch eingehend berichtet werden. G. M.

Leichtathletischer Vereinswettkampf

Der Vereinswettkampf Bennendenbeck gegen Eintracht Süd bildete einen guten Abschluss in der diesjährigen Leichtathletik-Zeitraum. Trotz der frühen Witterung wurden beachtliche Leistungen erzielt. Bennendenbeck hat durch den Anschluß der Reichsbanner-Gruppe eine sehr gute Materialgewinnung. Bennendenbeck hat auch bei diesem Kampfe bewiesen, daß der Sieg bei dem Vereinswettkampf des 2. Bezirks kein Glücksumhang war. Folgende Resultate wurden erzielt: 100-Meter-Lauf, Jugend: 1. Eintracht (Süd) 12,6 Sek. Weigerung: 1. Herpin 5,73 Meter. Angeltöcher: 1. Meier (Bennendenbeck) 10,62 Meter, 2. Schreiber (Eintracht Süd) 9,22 Meter. 100-Meter-Lauf, Männer: 1. Meier (Bennendenbeck) 11,4 Sek., 2. Herbin (Bennendenbeck) 11,6 Sek. Weigerung: 1. Meier (Bennendenbeck) 5,55 Meter, 2. Klinge (Bennendenbeck) 5,50 Meter. Gekugel: 1. Meier (Bennendenbeck) 1,70 Meter. Distanzwurf: 1. Meier (Bennendenbeck) 29,50 Meter, 2. Meier (Bennendenbeck) 25,25 Meter. 400-Meter-Lauf: 1. Lühr (Eintracht Süd) 57,4 Sek. Angeltöcher: 1. Meier (Bennendenbeck) 10,55 Meter, 2. Meier (Bennendenbeck) 9,45 Meter. 4x100-Meter-Staffel: 1. Bennendenbeck 45,1 Sek. 10x100-Meter-Staffel: 1. Bennendenbeck 225,4 Min. Gesamtergebnis: Bennendenbeck 1428 1/2 Punkte, Eintracht Süd 1180 1/2 Punkte. Handballspiele: Bennendenbeck Jgd. gegen Eintracht Süd Jgd. 1:1. Bennendenbeck Jgd. gegen Eintracht Jgd. 0:2. Bennendenbeck gegen Eintracht Süd 0:0. Bennendenbeck Schüler gegen Eintracht Süd Schüler 4:2.

Jugend-Werbeabend in Seehausen

Erstmalig veranstaltete der Männerturnverein Seehausen einen Jugend-Werbeabend. Erstmalig war es dem Verein gelungen, den gekürzten Erlebnissen eine Stundenabteilung vorzuführen als ein Beweis dafür, daß es in dem Verein richtig vorangeht. Ein kurzes Referat des Generalsekretärs (Magdeburg) leitete den Abend, der in jeder Beziehung als gut gelungen zu bezeichnen ist. Neben der Eröffnungsrede hat der Jubilar einen guten Eindruck. Wie während der Rede die Kinder ihre Freuden, selbstverständlich ganz modern, nach Musik. Dann trat die zweite

Die gelben „Fünfriger“ sind falsch

Münberger Straßenbahn verweigert die Annahme.

Die Verwaltung der städtischen Straßenbahn in Nürnberg hat einen sensationellen Beschluß gefaßt. Sie hat ihre sämtlichen Schaffner angewiesen, in Zukunft die Annahme der deutschen gelben 50-Pfennig-Stücke zu verweigern und an Stelle dieser Münzen eine andere Geldsorte von den Fahrgästen als Zahlung zu verlangen. Die Stadt hat als Motivierung dieses Entschlusses mitgeteilt, daß sie durch die Einnahme von gelben 50-Pfennig-Stücken bisher einen Schaden in Höhe von fast 10.000 Mark erlitten habe, denn es habe sich herausgestellt, daß fast 80 v. H. aller eingenommenen gelben 50-Pfennig-Stücke gefälscht gewesen seien.

Rechtsungültige Abwehr.

In einer Beschlusssitzung im Rathaus erklärte Oberbürgermeister Dr. Luppe, daß die Reichsbank Nürnberg der städtischen Straßenbahndirektion allein in den letzten 4 Monaten über 20.000 Stück falscher 50-Pfennig-Stücke zurückgegeben habe, weil sie unecht gewesen seien. Da die Falschung eines solchen 50-

Pfennig-Stückes nur mit der Lupe zu erkennen sei und die Stadt Nürnberg nicht noch mehr Schäden erleiden wolle, sei die Straßenbahn gezwungen, die Annahme von 50-Pfennig-Stücken zu verweigern. Es müsse zugegeben werden, daß diese Annahmeverweigerung juristisch nicht ganz verfochten werden könne, die Stadt sei jedoch in einer Zwangslage, und wenn man schon einen Angriff in irgendeiner Form für notwendig erachte, dann sei es gegen die Reichsfinanzverwaltung zu richten. Hier sei der Umlauf falscher 50-Pfennig-Stücke schon seit Monaten bekannt, und sie hätte die Pflicht gehabt, die sofortige Eingetelung dieser Stücke anzuordnen, zumal Prägestücke für solche 50-Pfennig-Stücke gestohlen und nicht mehr wieder beigebracht worden seien.

Die Maßnahme der Stadt Nürnberg beruht auf Selbsthilfe und ist durchaus verständlich. Sie bleibt dennoch rechtsungültig. Im übrigen trifft es zu, daß insbesondere in letzter Zeit außerordentlich viele falsche 50-Pfennig-Stücke in den Verkehr gebracht worden sind. Der Reichsrat hat deshalb bereits beschlossen, diese Stücke vom 1. Dezember dieses Jahres an aus dem Verkehr zu ziehen.

Riege auf den Plan, um zu zeigen, was sie am Barren zu leisten imstande ist. War auch das Gebotene keine Gleichleistung, so verriet es doch, daß es mit viel Eifer eingeübt war. Das Turnen der Schüler und Schülerinnen läßt viel Sicherheit aus, besonders die ganz Kleinen verstanden sich darauf. Ganz bei der Sache waren die Mädchen, als sie ihr „Wibberle-Wabbale“ aufführten.

Die Turner ihrer Gruppenleiter, die eine gute Wirkung hatten. Leider konnte der Hintergrund nicht ganz dazu gestellt

werden, sonst hätte die Stellung noch eindrucksvoller gewirkt. Mit dem Singpiel „Wauer bind' den Fiedel an" schloßen die Kinder den ersten Teil des Programms.

Daß die erste Riege des Vereins über gute Kräfte verfügte, bewiesen die gebotenen Leistungen am Gekrud. Die zweite Riege folgte am Brusttuch, dann zeigte die erste Riege vollendete Leistungen am Barren; jeder einzelne bot Gutes. Darauf wurden die Bundesfestübungen vorgeführt. Schade, daß sich die Musik nicht so ganz zurechtfinden konnte, sonst hätten die Leistungen noch bei weitem besser geklappt.

Zum Abschluß des Abends hatte sich der Verein zur Aufgabe gemacht, den Sprech- und Bewegungsschritt „Wer schreitet!“ aufzuführen. Er hat es geschafft, dieses Werk der Seehäuser Arbeiterschaft zu zeigen. Die Wirkung war eine sehr gute.

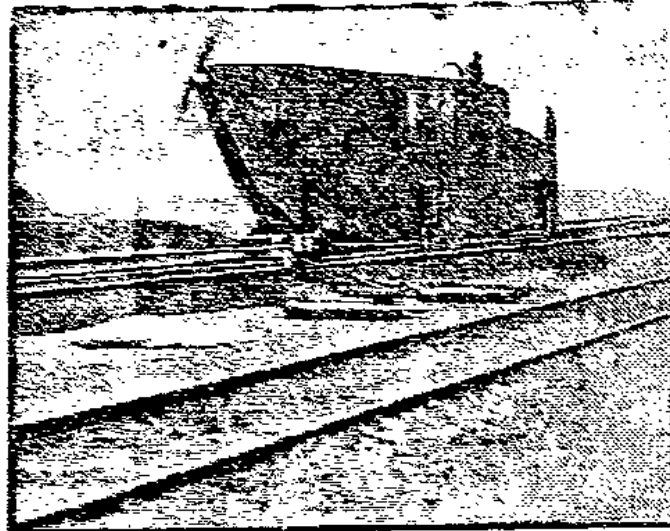
Trotz des schlechten Wetters, trotz des am gleichen Abend stattgefundenen Militärkonzertes war der Besuch ein guter, ein Zeichen dafür, daß der Arbeitersport auf dem flachen Lande immer mehr an Interesse gewinnt. Wir wollen hoffen, daß es dem Verein gelingt, recht bald eine Turnermänner-Abteilung zu gründen, der Abend hat bewiesen, daß recht viele Interessentinnen vorhanden sind.

Stiftungsfest der Alte Neustädter Stadfabrick

Die Abteilung Magdeburg-Alte Neustadt feierte ihr 23. Stiftungsfest. Der Vorsitzende, Genosse Laeger, hielt eine Begrüßungsansprache. Als Begrüßungsrede wurde von der Abteilung ein her Jugend-Schulreigen gespielt. Die Abteilung Alte Neustadt führte einen der gemischten Gärtnerspiele. Auch wurde dann von der Abteilung Alte Neustadt ein her Frauenreigen gefahren. Die Genossen aus Breiter zeigten ihren 4er Einradreigen.

Radpolo und Raddballspiele wurden ebenfalls vorgeführt. Gespielt im der Radpolo-Jugendspiel Alte Neustadt gegen Budau 4:4. Im der Raddball trafen sich Alte Neustadt und Budau. Die Budauer waren in Ballbehandlung und Zuspielen besser. Dadurch entschied sich für Budau das Spiel 3:0. Die Alte Neustädter zeigten noch einen 4er Kunstreigen Klasse B.

Eisenbahn mit Propellerantrieb



Ein Reichsbahntriebwagen mit Propellerantrieb und Hochdruckmotoren wurde dem Reichsbahnverkehrsamt auf der Strecke bei Großhummel vorgeführt. Die Vorteile, die vielleicht eine Ummwälzung für den Eisenbahnbetrieb mit sich bringen können, werden unter strengem Ausschluß der Öffentlichkeit unternommen.

Die billigen Futter-Stoffe

Ramage	Knäuel mit Zierstreifen für alle Zwecke	2,65 1,95	1,35
Futter-Serge	Knäuel, solide, gediegene Qualität, ca. 87 cm breit	2,55	2,55
Watteline	Wollwische, faden, schwarz und weiß, ca. 145 cm breit	2,95	2,95
Damassé	Knäuel und Jacken-Futter, 147 cm breit	2,95	2,95
Satin-Durchesse	Knäuel mit Zierstreifen, ca. 87 cm breit	4,75	4,75
Steppstoffer	Knäuel mit Zierstreifen, ca. 87 cm breit	4,75	4,75

Lange & Münzer

MEYERS LEXIKON
Die neue siebente Auflage in 12 Halblederbänden wird Mitte 1930 vollständig sein und etwa 363 Rm. kosten

MEYERS LEXIKON
verbindet zeitgemäß knappe Fassung und Übersichtlichkeit mit größter Reichhaltigkeit in Text, Bildern und Karten

MEYERS LEXIKON
gibt auf jede Frage sofort unfehlbar richtige Antwort und ist der zuverlässigste Berater in jeder Lebenslage

MEYERS LEXIKON
ersetzt eine umfangreiche Bücherei und ist deshalb billig. Bequeme Teilzahlungen erleichtern die Anschaffung

MEYERS LEXIKON
ist durch die Buchhandlung Volkstimme auf Wunsch ausführliche Ankündigungen mit Bezugsbedingungen sendet, zu beziehen.

Olli Vollmilch-Schokolade
100g-Stück nur 36 P.
Naverma-Haus

Aus eigenen Werkstätten



Chaiselongues M. 70.- 65.- 60.- 55.- 52.- 45.- 42.- 34.-



Einzel-Chaiselongues M. 15.- 12.- 11.- 9.- 8.75

Ornamente M. 38.- 35.- 32.- 28.- 25.- 22.- 18.- 15.- 12.- 8.75

Alle Waren zu billigen Preisen. Nach auswärts ohne Transportzuschlag durch eigenes Auto!

Bretschneider
Breiter Weg 4, Hauptpost gegenüber.

Weißenhauer
Kauf- und Verkauf von Möbeln, Porzellan, Glas, etc.

3 Bürozimmer
für 3 Personen (Büro) sofort oder später zu vermieten

Städtisches Geschäft
für alle Arten von Waren, etc.

Kölnstr. 1

Moderne Schweizer Uhren

mit einem genauen Schweizer Werk erhalten Sie bei geringer Anzahlung

auf bequeme Teilzahlung in wöchentl. Mark 1.— Raten von

Große Auswahl in silbernen und goldenen Herren-Armband-, Taschenuhr- und Damenuhren. — Verkauf zu Originalpreisen ohne jeden Aufschlag. 14 Karat goldene Herren-Armband- und Taschenuhren mit Sprungdeckel. 14 Karat goldene Damen-Armbanduhren. Für jede Uhr leisten wir 3 Jahre Garantie. — Verlangen Sie die portofreie Zusendung des reich illustrierten Katalogs. Ich sende Ihnen unverbindlich jede Uhr franko 3 Tage zur Ansicht. Diskretion zugesichert. A.277

Genfer Uhrenversand „Helvetia“, August Dingler, Kohl a. Rh.

Ziehung 9. bis 15. Novemb.

Volkswohl-Lotterie

48100 Gewinne und Hauptgewinn 2 Fr. — Rm.

430 000
150 000
100 000
75 000
50 000

Einzellose 4 Rm. Doppellose 8 Rm. Porto n. Liste lose à 2 = 40 Pf. extra empf. a. vers. auch gegen Briefmarken und Nachn.

EMIL STILLER Bankhaus

Hamburg 5, Holzmarkt 35

Postfach 23016

Deutscher Holzarbeiterverband

Ortsverwaltung Magdeburg

Am Dienstag, 28. Oktober (nach Arbeitstagen), 16. Uhr, findet im Admiralspalast

Schönefelder Straße, für die in der Metallindustrie befristeten Kollegen eine

Sektions-Versammlung

statt. Tagesordnung: Die Nationalität und ihre Folgen für die Wirtschaft. Referent: Genosse Karl Sogut.

Es wird erwartet, daß bei der Wichtigkeit des Referats kein Kollege fehlt.

Die Sektionsleitung. Die Verwaltung

Sonnabend, 26. Oktober

Herbst-Bergnügen im Elbgarten

KANONEN auch alle Sorten Zimmeröfen, sowie Spiegelbrücke 10 Gruden und Herd

Stephansbrücke 2 **GIESA**

FERNRUF 23463

IHR HEIM gewinnt mit dieser Krone

Für 3.- Mk. monatlich nach 12 Monaten IHR EIGENTUM

Anderes gleich günstig

Rest die Frauenwelt!

Stadtgeschäft Magdeburg

Kölnstr. 1

für alle Arten von Waren, etc.

Kölnstr. 1

Kölnstr. 1

Kölnstr. 1

Kölnstr. 1

Kölnstr. 1

Antilbe Bekleidungen

Serdigung.

Die Herstellung der Kleider der Antilbe...

Antilbe Bekleidungen...

Antilbe Bekleidungen...

Antilbe Bekleidungen...

Antilbe Bekleidungen...

Antilbe Bekleidungen...

Antilbe Bekleidungen...

Antilbe Bekleidungen...

Antilbe Bekleidungen...

Antilbe Bekleidungen...

Berdigung.

Die Berdigung von 100 Personen...

Berdigung...

Berdigung...

Berdigung...

Berdigung...

Berdigung...

Berdigung...

Berdigung...

Berdigung...

Berdigung...

Berdigung...

Möbel Auf Kredit

Möbel auf Kredit...

Möbel auf Kredit...

Möbel auf Kredit...

Möbel auf Kredit...

Möbel auf Kredit...

Möbel auf Kredit...

Möbel auf Kredit...

Möbel auf Kredit...

Möbel auf Kredit...

Möbel auf Kredit...

Möbel auf Kredit...

Klaviere

Klaviere...

Klaviere...

Klaviere...

Klaviere...

Klaviere...

Klaviere...

Klaviere...

Klaviere...

Klaviere...

Klaviere...

Klaviere...

Friedländer

Friedländer...

Friedländer...

Friedländer...

Friedländer...

Friedländer...

Friedländer...

Friedländer...

Friedländer...

Friedländer...

Friedländer...

Friedländer...

3 Bürozimmer

3 Bürozimmer...

3 Bürozimmer...

3 Bürozimmer...

3 Bürozimmer...

3 Bürozimmer...

3 Bürozimmer...

3 Bürozimmer...

3 Bürozimmer...

3 Bürozimmer...

3 Bürozimmer...

3 Bürozimmer...

Städtisches Geschäft

Städtisches Geschäft...

Städtisches Geschäft...

Städtisches Geschäft...

Städtisches Geschäft...

Städtisches Geschäft...

Städtisches Geschäft...

Städtisches Geschäft...

Städtisches Geschäft...

Städtisches Geschäft...

Städtisches Geschäft...

Städtisches Geschäft...

Kommunistische Korruption

Ein Brief an den Rotfront-General

Der ehemalige kommunistische Bezirkssekretär in Gelsenkirchen und spätere Mitglied der kommunistischen Zentrale, Max Schütz, der auch bis zum Mai 1928 Reichstagsabgeordneter war, legt über aus der kommunistischen Partei ausgestiegen ist, hat dem Bundesvorsitzenden des Rotfrontkämpferbundes Willi Leow im April diesen Brief geschrieben, der es wert ist, der breiten Öffentlichkeit bekannt zu werden. Er lautet:

Herrn Willi Leow, Mitglied des Reichstags.
Berlin NW 7, Reichstag.

Ich bin heute davon unterrichtet worden, daß Sie vor einigen Tagen einen Brief geschrieben haben, in dem auch ich im Falle Gerhardts genannt werde. Sie enthalten darin Ausdrücke zu gebrauchen, auf die ich weiter nicht eingehen will. Sie teilen in diesem Brief auch mit, daß es schon allerbald sei, wenn ein Streik sich auf den sogenannten „Schiff“ beruht.

Ich habe bisher im Interesse der kommunistischen Partei und des Rotfrontkämpferbundes zu allen Vorankommnissen gesiegt. Dies wird aber unmöglich, wenn ein Mensch wie Sie, der leider noch eine führende Rolle in der kommunistischen Bewegung spielt, hinhinwirft, über Personen ein Urteil zu fällen, um seine eigne lupenprekariöse Anwendung

in der Öffentlichkeit zu verbergen.

Ich bin aus der kommunistischen Bewegung ausgeschieden, weil ich meine Meinung nicht für Geld verrate. Ich rechne doch wohl bei Ihnen, daß Sie für Geld immer und jederzeit käuflich sein werden. Ihre politische Vergangenheit ist dafür Beweis genug.

Sie haben sich veranlaßt gefühlt, gegen einen Ihrer Parteigenossen ein Schiedsgericht einzuberufen, weil er Dinge zur Sprache gebracht hat, die Sie verurteilen. Ich möchte hierbei erwähnen, daß ich diesem Ihrem Genossen die Tatsachen nicht unterbreitet habe, sie wohl aber alle kenne.

Sie haben nicht nur in einem Falle ein Aneinanderlagern eine Sache gemacht, die Sie mit Ihrem eignen Geld nicht bestreiten können, sondern Sie haben immer auf fremde Hilfe gelebt und dazu immer die Mittel

aus den Ihnen zur Verfügung stehenden Massen genommen.

Würde die Parteileitung eine ordnungsmäßige Revision der Masse vornehmen, so würde man, ohne das darauf bezogen, wie viele Tausende von Mark Ihnen unbekanntem Weg gegangen sind. Daß ich Sie nicht auch daran erinnern, daß Sie Gelder, die Sie für die Leitung des Rotfrontkämpferbundes bekommen haben, für die Verwendung des Rotfrontkämpferbundes verwenden, daß Sie bei einem roten Treffen in Darmstadt abends

dieses rote Treffen mit Wein und Sekt gefeiert haben?

Veranlassung dazu gab Ihre Freundin, die Sie mir schon, im Besonderen von Parteigenossen, Mitglied des Rotfrontkämpferbundes, nicht ohne Grund, als eine „Kassette“ bezeichnet hat. Ich habe gegen diese Sache keine Stellung genommen, sondern habe dem Verlangen Ihrer Freundin nachgegeben. Dies bemerkt schon genug, welche Meinung Sie von den Interessen der Rotfront haben.

Sie sind der Meinung, wenn Sie einige Rotfrontkämpfer hinter sich haben, daß Sie dieselben so aufheben können,

mit Knüttelmethoden die Leute niederschlagen,

die einiges aus Ihrem Leben wissen. Da ich dieses noch und auch andre, wird man sich natürlich schämen können.

Ich möchte ich mit diesen Zeilen nur nahelegen, daß ich mich nicht gefesselt lassen werde, von Ihnen irrendweise angegriffen und belästigt zu werden. Sie leben ja, daß ich unabhängig bin, obwohl Sie das gar nicht verdienen, und mit keiner ihrer so genannten „Erfahrungen“ an die Öffentlichkeit trete. Da ich mich aber persönlich mit der proletarischen Bewegung viel besser verbunden fühle als Sie, kann ich es natürlich nicht zugeben, daß Sie gegen Ihre Parteigenossen in dieser Weise verfahren. Sie werden gut tun, in Ihrem eignen Interesse den Antrag vor dem Schiedsgericht zurückzunehmen.

Ich werde Herrn Gerhardts eine Abschrift dieses Briefes anhängen, und wenn Sie den Antrag nicht zurückziehen, so wird wohl Herr Gerhardts darauf dringen, daß Sie mich ver-

flagen werden. Wie Sie bei einer Klage abscheiden werden, überlasse ich Ihrem Gemein, da ich alles, was ich zu meiner Rechtfertigung ins Feld führen werde, beiseite laufe.

Sollte ich nochmals hören, daß Sie sich über mich ungünstig äußern, so werde ich natürlich gezwungen sein, das,

was ich weiß, der Öffentlichkeit preiszugeben,

damit endlich einmal die Öffentlichkeit erfährt, wer in Wirklichkeit der große Führer des Rotfrontkämpferbundes ist.

Vielleicht mag es Sie noch interessieren, daß sich in meinen Händen noch eine Aufstellung befindet über Gelder, die Sie, als Sie noch ganz, ganz klein waren,

an die Flüchtlinge der Märzaktion auszahlen mußten.

Die Liste konnte ich später, als ich Mitglied der Zentrale war, mit Ihrer Aufstellung vergleichen und konnte feststellen, daß Sie sich bei der Auszahlung immer wesentlich zu Ihren Gunsten geirrt hatten. So fing der Kleine Leow an, indirekt waren damals verschiedene Flüchtlinge gezwungen, da die Gelder ausblieben, im Verzug zu arbeiten. Mächtig war damals die Unterbringung verschiedener Flüchtlinge bei der Zeche Mont Gem in Sodingen. In diese Zeit fiel gerade das größte Grubenunglück, wobei

verschiedene verfolgte Parteigenossen ihr Leben einbüßten.

Ob Sie so retten gewesen wären, wenn Sie Geld zur Verfügung gestellt hätten?

Diese kleine Ausleihe mag heute genügen. Sie brauchen sich nur mit in einen Zeitungswechsel nicht einzulassen und betrachte ich mit diesem Briefe die Angelegenheit vorläufig als erledigt.

Hochachtungsvoll Max Schütz.

Dieser Brief spricht Bände, und noch viel mehr erzählt die Tatsache, daß Leow seit April sich noch nichts darauf verlaßt hat.

Er wollte nicht freiwillig verschwinden

Die Handelsgesellschaft der Union der sozialistischen Sowjet-Republiken in Berlin beschäftigt seit 1922 einen Ingenieur auf Privat-Dienstvertrag im familienspezifischen Dienst. Anfang 1926 und 1927 wurde ihm bezugslos, eine 1- bis 2-jährige Informationsreise nach Ausland zu unternehmen. Der Ingenieur erklärte sich damit zunächst einverstanden. Als jedoch der Tag seiner Abreise nahe kam, änderte er seine Meinung. Er lehnte deshalb die Reise ab. Daraufhin wurde ihm von der russischen Handelsgesellschaft zum September 1927 entlassen.

In einem Schreiben an die Gesellschaft äußerte der Ingenieur seine Bedenken gegen die Auslandsreise dahin, daß mit dieser Informationsreise bezugslos nur der Zweck verfolgt werde, ihn in Ausland auf irgendeine Weise verschwinden zu lassen. Man könne ihm deswegen nicht zumutend nach Ausland zu fahren, zumal er bereits seit 26 Jahren in Deutschland lebe und außerdem seine Familie und seine kranke Frau in Deutschland zurücklassen würde. Auf Grund dieses Schreibens wurde der Ingenieur freigesprochen. Der Ingenieur hatte daraufhin beim Landgericht Berlin auf Abschaffung seines Wechsellas zur Verfügung einer rechtswidrigen Mandatierung. Das Landgericht wies die Klage jedoch ab, da sich die Handelsgesellschaft auf den Standpunkt stellte, daß durch die „berlinderische Unterstellung“ des Ingenieurs eine fristlose Entlassung gerechtfertigt sei. In der Berufungsverhandlung vor dem Kammergericht Berlin wurde das Urteil aufgehoben und die Handelsgesellschaft verurteilt, das Gehalt bis zum Ablauf der Mandatierung zu zahlen, da mit der Verweigerung der Reise ein Vertragsbruch nicht vorliegen habe und die Gründe für den Verzicht auf die Reise gerechtfertigt seien.

Die Handelsgesellschaft legte gegen dieses Urteil Revision beim Reichsgericht ein und machte geltend, daß mit der ausdrücklichen Zustimmung des Klägers zur Auslandsreise ein anderer Vertrag zutage gekommen sei, der aber durch die Verweigerung des Ingenieurs gebrochen worden sei. Der dritte Zivilsenat des Reichsgerichts hob das letzte Urteil auf und bewies die Sache an die Vorinstanz zurück.

So bringt die kommunistische Handelsgesellschaft der russischen Sowjet-Union mit ihren Angestellten um. Wer die Parolen der kommunistischen Internationale nicht befolgt, liegt rüchrichtlos auf die Straße. Der betreffende Ingenieur büßt seine Offenheit jetzt bereits mit zweijähriger Arbeitslosigkeit.

Program kam es wiederholt zu Aufständen, die auch den Volkervbund beschäftigten. Bei einer der letzten Revolten hat nun die „Almece“ Patines ein so furchtbares Vlutbad unter den Eingebornen angerichtet, daß der Skandal nicht weiter zu verheimlichen war und die bolivianische Regierung ihren Vorkämpfer seines Amtes entsetzen mußte.

Sieben Feuerwehrleute verunglückt

Wb. Gädlingen bei Saarbrücken, 22. Oktober. Am Sonntagabend wurde auf der Saar das Schiff „Avenir“, das Eisenherde für die Wäflinger Güte geladen hatte, led und drohte unterzugehen. Die Gädlinger Kreiswille Feuerwehr pumpte das Wasser bis auf einen geringen Rest aus dem Schiff heraus.

Pflichtlich brach das Deck durch, und die schwere Pumpe begrub sieben Feuerwehrleute unter sich, von denen einige schwer verletzt wurden. Ein Notarzt von der Saarbrücker Strombauverwaltung kam dem Schiffe zu Hilfe.

Notizen

Leonor Veinart außer Gefahr. Das Verinden des Genossen Theodor Veinart hat sich erfreulichweise so weit gebessert, daß seine unmittelbare Lebensgefahr mehr besteht. — Wie der behandelnde Arzt, Professor Kribam aus dem Hildgard-Krankenhaus, mitteilt, dürfte die völlige Wiederherstellung des Patienten vorausgesetzt, daß Komplikationen nicht hinzutreten, bei dem Alter Veinarts längere Zeit in Anspruch nehmen.

Wesitel in der Berliner italienischen Votschaft. Der italienische Votschaftler in Berlin in von Mussolini abberufen und durch den gegenwärtigen italienischen Votschaftler in Moskau Dr. Ceruzzi ersetzt worden. Die Abberufung erfolgte, weil vor kurzer Zeit auf bisher ungeklärte Weise der geheime diplomatische Ziffern Schlüssel der italienischen Votschaft entwendet wurde. Außer dem Votschaftler wurde auch das gesamte Votschaftspersonal ersetzt.

Ein Unbestrich. In der vergangenen Nacht haben unbekannt Täter das Friedrich-Ebert-Denkmal auf dem Rindauer Platz in Königsberg mit roter Farbe beschudelt. Sie haben die Farbe auf den Kopf der Figur gegossen, so daß sie am Sockel herunterlief.

Strafvermähigung für den Raditsch-Würder. Das Belgrader Berufungsgericht setzte am Montag die Strafe des Stubhüchmattenführers Raditsch von 60 Jahren Kerker auf 33 Jahre 5 Monate Gefängnis herab. Der Freispruch seiner Mitangeklagten wurde aufrechterhalten. Praktisch hat die Herabsetzung der Strafe keine Bedeutung, da nach dem jugoslawischen Strafrecht jede Kerkerstrafe nach 20 Jahren als verbüßt zu betrachten ist.

Clemenceau schwer erkrankt. Der ehemalige französische Ministerpräsident Clemenceau hat in der Nacht zum Montag eine ziemlich bedenkliche Herzkrise erlitten. Sämtliche Verwandte des „Tigers“ sind telegraphisch nach Paris gerufen worden.

schub bezweckt. Versammlungsverbote sollen ausgesprochen werden, wenn die Polizeikräfte zur Sicherung des friedlichen Verlaufs einer Versammlung nicht ausreichen.

Da die vielfachen Sympathien der Polizei gegenüber den Nationalsozialisten auch dem Minister offenbar nicht unbekannt sind, schließt er seine Verfügung mit der vielversprechenden Warnung an die Polizeibehörden, daß die Frage der Verantwortung der Heberwachungsorgane in allen Fällen, wo es zu Täuschlichkeiten in politischen Versammlungen kommt, aufs strengste geprüft werde.

Reichskonferenz der Brand erinner

Am Sonnabend und Sonntag tagte in Weimar die Reichskonferenz der kommunistischen Brandler-Opposition. Vertreten waren die kommunistischen Oppositionsrichtungen der Tschechoslowakei, Österreichs, Ostpreußens und Norwegens. In seiner Eröffnungsrede führte Brandler aus, daß die Opposition auf Grund der

arbeiterfeindlichen Weidüsse des 4. Kongresses

der rein Gewerkschafts-internationale zurückzuführen sei. Der Eintrag der AFD. in den Gewerkschaften sei inzwischen auf einen im begrenzten Tiefstand gesunken. An Stelle von Parteimitgliedern sei

Kadavergeherien und über Klientenkampf

getreten. Die Berliner Ereignisse zeigen am besten, wie notwendig die Zerbrechung der AFD. von der Opposition sei.

Der Vertreter der kommunistischen Bewegung in Elsaß-Lothringen heißt sich, daß die französische kommunistische Partei inzwischen zu einer Sekte geworden sei. Von ihrer 27.000 Mitglieder in der Weimarer Periode besitze sie heute höchstens noch 6000.

Aus dem organisatorischen Bericht war zu entnehmen, daß die Brandler-Gruppe angeblich

5000 ausgegliederte Kommunisten.

antäht. Im Hinblick auf diesen Bericht sprach der Führer der Brandler-Gruppe Brandler zu dem Volksbegehren, das selbstüberwiegend abzulehnen sei. Es ist die Reichskonferenz soweit vorzugehen, wie die Frage zum großen Teil an der fehlerhaften Politik der AFD. Die Brandler-Gruppe können politischen Kampf gegen den Faschismus und verweigere die Kampfkraft der kommunistischen Gefahr auf die Oppositionsrichtung Brandler. Ihre Lösung schlägt die Brandler, wo sie sie trifft, jedoch ein die psychologische Voraussetzung für den Faschismus und diese so seiner Stärkung. Notwendig sei, mit der Brandler-Gruppe mit den Gewerkschaften und anderer Massenorganisationen zu kooperieren. Da darf der Parteikampf innerhalb der AFD. verdrängten Parteien müssen wieder aufheben werden.

Die Opposition setzte ein Berliner Oppositionsmitglied an der Spitze der Brandler-Organisation die

Unabhängigkeit der Kommunisten zur Führung gewerkschaftlicher Kämpfe.

Der ukrainische Landtagsabgeordnete Dittel erklärte, davon überzeugt zu sein, daß die sozialdemokratischen Arbeiter der Kampf gegen den Faschismus führen werden. Im übrigen zeigte die Dittels, daß der Zerlegungsprozess innerhalb der Brandler-Gruppe ebenfalls besteht.

Neuer Lohnkampf in England

London, 22. Oktober. Die schleichende Krise in der britischen Volkswirtschaft hat am Montag eine weitere Verschärfung erfahren. Wie aus einer gemeinsamen Sitzung der Arbeitgeber- und Arbeitervertreter in Bradford mitgeteilt wurde, haben sich die organisierten Arbeiter der Industrie in einer Abstimmung mit großer Mehrheit gegen die Forderung der Arbeitgeber nach einer Lohnherabsetzung von 3,3 Prozent ausgesprochen.

An der Abstimmung nahmen 22 Gewerkschaften teil. Sämtliche Gewerkschaften erklärten sich mit Majorität gegen die Forderung der Unternehmerforderungen, die einen Lohnanstieg von 3,3 Prozent pro Mann und Woche und 2,50 Mark für die neunwöchentlich dargelegt hätten. Von dem drohenden Arbeitskampf sind 150.000 Arbeiter, darunter in der Mehrheit Frauen, unmittelbar betroffen.

Mit dieser Abstimmung sind die Verhandlungen zu Ende. Einige Firmen haben bereits den bestehenden Arbeitsvertrag gestündigt. Dieser Vorzeichen der Unternehmer in dadurch möglich geworden, daß die Industrie seit Monaten ohne Kollektivvertrag arbeitet.

Die Lage in Worsshire, wo die weitaus größte Mehrheit der Vorkarbeiter Großbritanniens ansässig ist, wird als überaus ernst bezeichnet. Ein Ausbruch des Arbeitskampfes scheint unermesslich nahe, da die Unternehmer nicht doch noch in letzter Minute entlassen, den bisher vergeblich gemachten Versuchen der Vorkarbeiter zu berücksichtigen und den Streitfall einem Schiedsgericht übergeben zu unterbreiten.

den Mäntel und den Feldherrn, sie nimmt einen Zirkusathleten. Der irreführende Name der Welt, zum Gemahl. Sie kann ihn nicht von erkennen, während er bald von ihr in Ruhe gelassen sein möchte. Auf dem Land wird nunmehr durch die Managier der Kaiserin und die Mitglieder des Adels. Die Kaiserin kommt ins Armenhaus, empfindet und erschrocken sich in einer Kaiserin mit dem Titel des Adels. Während, ewig gekemmt gezwungen Mensch, hat seine oft bekannte Pflanze zum starken, triebhaften Mann und zur letzten erotomanischen Frau hier wohl am zentralen dokumentiert. Ein böses, häßliches Bild mit geraden Eingeweichen. Aber ohne Worte, als bloße optische Verwirrungslösung mit vielen Wiederholungen zu dem für einen Abend. Zeit wie Schönlant die Kontinuität zu trocken, müßte man den Ablauf der Ereignisse, auf die Hälfte Zeit zusammenzudrängen. Schönlant nahm eine Prozesse allzumäßig und andere wenig glücklich. Wo Weibkind leicht und witzig war, hat Schönlant Tragödie gemacht und Zufälligkeiten die symbolisch untertrieben. Die Musik von Jaar Wool, des reitenden Pantomimkomponisten, ist ein belangloses Motiv und vermag die Wirkung nichts zu helfen. Für Regisseur und Darsteller gab es einen harten Premierenerfolg.

Dänische Arbeiter laufen eine Volkshochschule. Der Aufklärungsverband der Arbeiter in Dänemark, der ein Genossenschaftsunternehmen ist und von den Gewerkschaften gegründet wurde, hat dieser Tage die Volkshochschule von Roskilde eröffnet. Diese Volkshochschule war seit 10 Jahren mit stark reduzierten Einschlag für die reifere Jugend der Landleute betrieben worden und hatte halbjährlich eine Teilnahme von 150 Schülern und Schülerinnen zu verzeichnen. Es ist nur ein Zeichen der Zeit, daß die Schule nun von der Sozialdemokratie übernommen wurde. Der Aufklärungsverband hat bisher für die theoretische und allgemeinen kulturellen Aufklärung der Arbeiterjugend eine jugendreiche Tätigkeit entfaltet. Er besitzt bereits die Arbeiterhochschule in Esbjerg, die die besondere Aufgabe hat, Aufklärung über die politische, gewerkschaftliche und genossenschaftliche Tätigkeit der Arbeiterbewegung zu verbreiten.

Gegen Erwin Kisch, der Autor des „Menschen Revolver“, hat ein neues Buch: „Paradies Amerika“ vollen, das dieser Tage im Erich-Neiß-Verlag, Berlin, erscheint.

Stresemann auf der Schallplatte. In der Reihe der von Alfred Bieler besprochenen Schallplatten sind drei wertvolle Neuerscheinungen zu verzeichnen: Stresemanns am 9. September 1929 in Genf gehalten Rede „Für das neue Europa“, ferner Rathenau's Rede in Weimar und Wiffels Gedentrede auf Regien. Die Platten sind zu beziehen durch alle sozialdemokratischen Buchhandlungen oder durch den sozialdemokratischen Bild- und Film-Dienst oberhalb vom Verlag „Die neue Truppe“, Berlin S. 14, Splittgerberstraße 12.

Moskau im böhmischen Kohlenrevier

Im nordwestböhmischen Braunkohlenrevier befinden sich seit etwa einer Woche einige tausend von den Kommunisten vertrieben Arbeiter in einem wilden Streik, der von den Kommunisten aus organisatorischen Gründen im Hinblick auf die bevorstehenden Parlamentswahlen entfacht wurde.

Da es den Kommunisten nicht gelang, die Mitglieder der freien Gewerkschaften zu überzeugen, organisierten sie Terrorereignisse, provozierten Zusammenstöße mit der Gewerkschaft und gaben schließlich, da alles nicht fruchtete, zu einer bisher unbekanntem Marsch-Veranstaltung. Am Montag wurde auf den Straßen von der Zentrale der AFD. eine enorme Menge Blat verteilt, das sich an die proletarischen Massen der Braunkohlenrevier wendete und in dem es u. a. wörtlich heißt: „Organisiert proletarische Arbeiterformationen. Tod den feindlichen Klassen der Bourgeoisie der Bourgeoisie. Tod den feindlichen Klassen der Sozialfaschisten und Laibisten wo ihr sie trifft. Die Bourgeoisie verrotzt den imperialistischen Krieg gegen die Sowjet-Union und die Auflösung der kommunistischen Partei, die Proklamierung der sozialfaschistischen Diktatur vor. Das proletarische Proletariat kann sich nur wehren durch den bewaffneten Kampf.“

Als Auswirkung dieser kommunistischen Marschbewegung sind in der letzten Woche vor der Wahl blutige Ereignisse in dem nordwestböhmischen Braunkohlenrevier zu verzeichnen.

Das Kriegsheer des Votschafters

Der bolivianische Gesandte Simon Patino ist am Freitag, wie die französische Presse meldet, von seiner Regierung plötzlich seines Postens entbunden worden. Hinter dieser unheimlichen Meldung verbirgt sich eine diplomatische Skandalaffäre, die die Arbeitsverhältnisse in den südamerikanischen Staaten in furchtbarem Licht erscheinen läßt.

Patino ist Besitzer einer der größten Zinnlager in Südamerika, die ihm einen mächtigen Reichtum und nebenbei auch den von ihm beherrschten Posten eines diplomatischen Vertreters von Bolivien in Paris und Madrid eingebracht haben. Patino hatte der bolivianischen Regierung zur Befriedigung seines politischen Ehrgeizes vorgeschlagen, die Votschafterspeisen aus eigener Tasche zu bezahlen, wenn sie ihm erlaube, den Diplomaten zu spielen.

Dieser Zustand hat nun aber ein unerwartetes Ende genommen. Patino beschäftigt in seinen Gruben einige hundert tausend Indianer, die ganz erbärmlich bezahlt wurden und im furchtbarsten Elend ein menschenunwürdiges Dasein führten. Um den ständig ausbrechenden Revolten der Indianer vorzubeugen, mußte sich Patino eine Privatarmee von nicht weniger als 16.000 Mann halten, die mit den modernsten Mitteln, wie Flugzeugen, Maschinengewehren und Gasbomben ausgerüstet war.

Kämpfst um die Rote Stadt!

Sozialdemokratische Funktionäre zur Gemeindevahl - Bericht des Genossen Plumböhm - Der Kampf beginnt

Die große Funktionärsitzung der Sozialdemokratischen Partei in Magdeburg am Montagabend gab den organisatorischen Aufschwung für den Gemeindevahlkampf. Die Funktionäre nahmen einen Vortrag des Genossen Plumböhm, dem Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Stadtverordneten-Fraktion, über die Arbeit auf dem Rathaus entgegen. Genosse Plumböhm erinnerte in seiner Einleitung an die Zusammenfassung der letzten Versammlung, die bei der Wahl 1924 unter den Auswirkungen der Inflation eine bürgerliche Mehrheit erhielt. Er schilderte die Absichten der Rechtsparteiler, durch eine Einheitsliste die sozialdemokratische Führung in Magdeburg zu brechen. Die Obstruktionsversuche, die die Rechte bei der Wahl des Stadtverordneten-Vorsitzers damals trieb, führten zu keinem Ziel, aber der Arbeit des Parlaments wurde dadurch der Stempel aufgedrückt. Die Rechte, die Volkischen und die Kommunisten hatten immer eins gemeinsam: den Haß gegen die Sozialdemokraten.

Eine positive Politik

In diesem Stadtparlament war nur möglich durch Zusammenarbeit mit den Demokraten. Es gelang, eine erfolgreiche Personalpolitik zu betreiben. In kulturellen und sozialpolitischen Fragen war es oft möglich, mit den Demokraten Hand in Hand zu gehen. In Wirtschaftfragen waren sie allerdings härter als die Rechte. Der Kampf der Bürgerlichen gegen wirtschaftliche Maßnahmen der Stadt, fand meist die Unterstützung der Kommunisten.

Die Sozialdemokraten hatten sich gleich nach der Revolution unter Führung der Genossen Weims und Wittmaack erfolgreich für die Mittellandkanal-Führung über Magdeburg eingesetzt. Der Kanal ist im Bau. In diesen Wochen begann auch der Bau des Kanalhafens bei Magdeburg, für den der Umschlag zu einem erheblichen Teil bereits gesichert ist. Durch Industriebauten, durch ein großes Gas- und Elektrizitätswerk wird Arbeit geschaffen. Die neuen Werke für die Versorgung mit Gas und Strom werden gemischtwirtschaftlich betrieben, da es bei den Finanzschwächen der Städte unmöglich war, städtische Werke zu errichten. Die neuen Werke werden billiger liefern können, als die alten städtischen. Aufgabe der Sozialdemokraten der Zukunft wird es darum sein, auf eine

Senkung der Tarife für Gas und Strom

hinzuwirken. Die mit dem Groß-Gaswerk in Verbindung zu bringende Gasverteilungs-Gesellschaft wird über Magdeburg hinaus. Ein Lieferungsvertrag mit Staßfurt und Bura ist bereits abgeschlossen. Mit anderen Gemeinden ist über die Verhandlungen. Der Aufbau der städtischen Gas- und Elektrizitätswerke ist eine Abnahme von elektrischem Strom für das neue Großkraftwerk, der größer ist, als der gesamte Stromverbrauch jetzt in Magdeburg. Mit der Stromproduktion wird auch eine Heizungsindustrie nach Magdeburg gezogen, was wesentlich zur Entlastung der hereinkommenden Magdeburger Arbeitskräfte beiträgt.

Nach dem Kräfte in die Ruderindustrie in Magdeburg ist wie abgelehnt. In der Metallindustrie sind vor allem die mittleren Betriebe eingegangen. Die Entlastung der Magdeburger Industrie durch den Anschluß an die kapitalistische Konzentration und mußten der neuen kapitalistischen Entwicklung erliegen.

Genosse Plumböhm wandte sich dann einzelnen Gebieten der Kommunalpolitik zu und schilderte an Hand von Zahlen die Erfolge des sozialdemokratischen Wirkens im Stadtparlament.

Im Kleingartenwesen

in ganz hervorragendes geleistet worden. 1914 bedeckten die Kleingärten ein Areal von 26 Hektar, 1924 waren es bereits 150 Hektar, 1929 sind es 182 Hektar. Die Vergabe von Wohnungsbaugelände in Erdbauweise gab es 1914 überhaupt nicht, 1924 waren 3,78 Hektar, 1929 35,62 Hektar vergeben. Der Gesamtumfang der städtischen Sportplatzanlagen betrug 1914 8 Hektar, 1924 15,2 und 1929 29,2 Hektar. In den Arbeiterbüros kommen wir also nicht mit leeren Händen. Es ist sehr zu wünschen, daß sich im Wahlkampf die Spürer für den Erfolg der sozialdemokratischen Liste einsetzen. Die städtische Bodenpolitik wies auch Erfolge im Ankauf von bebautem Grundbesitz, der im Zersplitterungsprozess liegt, auf. Insgesamt waren 1914 im städtischen Besitz 3200 Hektar Land, 1924 3400 Hektar und 1929 3700 Hektar. Ein Gewinn von 500 Hektar ist ein sehr harter Erfolg.

Auf dem Gebiet der

Gemeinwirtschaft im Wohnungsbau

kann sich Magdeburg sehen lassen. Im Reichdurchschnitt entfallen 65 Prozent der Neubauten auf Erbauweise und nur 35 Prozent auf gemeinnützige Bauten. In Magdeburg beträgt der Anteil der gemeinnützigen Bauten über 90 Prozent. Nur ein verhältnismäßig geringer Rest ist also der privaten Initiative zu verdanken. Das ist ein nicht zu unterschätzender Erfolg. Von 7700 Wohnungen, die wir in Magdeburg haben, waren bei Kriegsende nur 1200 im Eigentum der Gemeinwesen. Gegenwärtig besitzen die Genossenschaften 9000 Wohnungen, das sind 11 Prozent des gesamten Bestandes. Bei einem eventuellen Abbau der Zwangsrentenpflicht und bei dieser Zustand in der Mietzinsbildung wäre es möglich, auf auszuwirken. Bei einer Stärkung der Rechte in der kommenden Wahl ist automatisch eine Mietzinsregulierung zu erwarten. Die relativ niedrigen Mietzinsen in Magdeburg waren nur möglich, weil den Bauherren Mietzinsbühnen aus den Rückflüssen der Hauszinssteuer gewährt wurden. Der Mietzins in Magdeburg liegt 20 Prozent unter den Neubauten anderer Städte. Das war nur zu erreichen dadurch, daß wir uns für den

Bau einer gesunden Kleinwohnung

von 50 bis 55 Quadratmeter einsetzten. Dadurch kommt es auch, daß in den Stellungen nicht nur beherbergelt wohnen, sondern auch Arbeiter und Angestellte.

In der Frage des Städtebaus waren vor dem Kriege allein die privatrechtlichen Interessen bestimmend. Welchen Einfluß Bodenpreisanstieg auf städtische Dinge kosten, ist noch sehr deutlich an dem Streben um die Führung der Südbahn. Durch den Ankauf der Bodenflächen, die für eine Bekanung in der Nähe kamen, und dann zu spekulativem Wohnungsbau ausgenutzt werden sollten, kommt das klar zum Ausdruck. Es entstanden damals die ungezählten Wohnungen in den Hinterhöfen an der Elbarkstraße und auf der Insel in Buda und in Zudenberg. Die Sozialdemokraten hielten nach dem Kriege im Bruno Taut einen modernen Städtebauer nach Magdeburg. Seine Tätigkeit wirkte heute noch fort. Ein deutsches Beispiel sind die neuen Stellungen, die luftig und sonnig sind und deren Höhe zu großen Parteienflächen aufgereicht wurden. Bei allen Neuankömmlingen werden sogenannte Auflockerungsgruppen vorgegeben. In einer der letzten Sitzungen gelang es nun auch, die

Ausweisung von Dauer-Kleingartengebieten

durchzuführen. Den Kleingärtnern, die immer noch bürgerlich wählen, müssen wir klar machen, daß sie gegen ihre Interessen handeln. Die Kleingarten-Ordnung kann im ungünstigen Falle in der Zukunft immer wieder beseitigt werden.

Die Sozialdemokraten bemühten sich auch, eine gesunde Verkehrspolitik zu betreiben. Gegen den Willen der Bürgerlichen erwirbt die Stadt die Aktienmehrheit bei der Straßenbahn. Die Ausweisung ist deutlich. Während vor dem Kriege jahrelang keine neuen Straßenbahnlinien gebaut wurden, sind nach dem Kriege das Industriegebiet, das Rote Horn, der Schlachthof, Fiedorf und Cracau an das Bahnnetz angeschlossen. Die Vorarbeiten nach Jermersehen, Salbe, Wetzehäfen und Schönebeck ist auch ein Nachkriegsmerkmal, ein Werk unter dem Einfluß der Sozialdemokraten. In der Zukunft muß die Insel in Cracau und Hopfengarten Straßenbahnanschlüsse erhalten. Auch die Verbindung mit dem Arbeiterort Groß-Öttersleben soll und muß kommen.

Ein wichtiges Gebiet unserer Tätigkeit ist die

Gesundheits- und Wohlfahrtspflege.

Hier nur ein paar Zahlen. Der Etat der Gesundheitspflege beläuft in diesem Jahr mit 5 Millionen 421 Tausend Mark ab 1914 betrug er nur 1 Million 400 Tausend Mark. Der Wohlfahrtsetat weist heute eine Endsumme von 14 Millionen auf gegen 1,3 Millionen des Armenetats von 1914. Die Kommunisten werden nicht müde, dieses Gebiet immer wieder zu schmälern. Wir müssen aufklärend wirken und vor allem den Unterschied zwischen früher und jetzt betonen, denn in dem Armenwesen der Vorkriegszeit wurden dem Unterhaltungsbedürftigen ja beinahe die bürgerlichen Ehrenrechte genommen. Der Anteil des Wohlfahrtsbetriebs am Gesamtertrag der Stadt betrug 1914 9 Prozent, während er 1929 25 Prozent ausmacht. Die Unterhaltungsrisikofähigkeit konnten in den Jahren nach der Stabilisierung der Währung durch und erhöht werden. Während z. B. 1924 ein alleinlebender Sozialrentner 17 Mark im Monat erhielt, erhält er jetzt 54,50 Mark.

Was die Kommunisten mit ihren maßlosen Agitationsartikeln trieben, war Karrenpolitik, aber keine wirkliche Hilfe. Sie unternahmen sich mit dem Bürgerum um Hilfe für alle Bedürfnisse gebärdeten sich die Kommunisten als politische Marschälle. Aber auch zu den Karren gegen das Wohlfahrtswesen, die von der sogenannten Wirtschaft kommen, ist zu sagen, daß der schnelle Aufschwung des deutschen Volkes nach dem Kriege nur möglich war, weil wir den

Mit zu einer umfangreichen geordneten Wohlfahrtspflege

fanden. Die Behauptung, die Sozialdemokraten bzw. ihre Wähler trügen zu den Kosten der Wohlfahrtsbetriebs nichts bei, ist abwegig. Die Einkommenssteuer bringen zum wesentlichen Teile die breiten Massen durch die Lohnsteuer, Hauszins- und Grundvermögenssteuer zahlt der Mieter. Die Gewerbesteuer wird auf die Preise der Ware abgewälzt. In den Tarifen für Gas und Elektrizität zahlt auch der Vermieter mit. Aller Ertrag aus Steuern kommt ja nur aus der schwappenden Hand. Es ist auch nicht wahr, daß Magdeburg übermäßig verschuldet sei. Es steht weit unter dem Durchschnitt der deutschen Großstädte, auch bei den gefährlichen kurzfristigen Anleihen. Die Vermögenssteuer ist niedriger als in anderen Industriestädten.

Die kommenden Neuwahlen entscheiden auch zugleich über die Zusammenfassung des Magistrats. Die Magdeburger Arbeiter haben den

Auf Magdeburgs als der roten Stadt zu verteidigen.

Es ist eine unverdächtige Hege gegen uns zu erwarten, die von allen Seiten kommt und von den Kommunisten unterstützt wird. Wir werden ihr mit aller Schärfe entgegenzutreten. Am gleiche Dinge wie bei der Gemeindevahl geht es bei der Provinzial-Landtagswahl. Straßenbau, Kleingartenwesen, Kraft- und Gasversorgung, gesunde Bodenkultur sind Dinge, die die Provinz zu verheizen hat. Kommunalfortschritt und Wohlfahrt sind auch in der Provinz zu verteidigen. Es geht auch da um die sozialdemokratische Führung. Wir müssen uns betätigen als der lebendige Geist, der ausstrahlt zu den Laien und Schwankenden, der sie aufreißt und für uns gewinnt, damit am 17. November der Sieg unser ist.

Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen. Eine Aussprache wurde nicht gewünscht.

Im Anschluß an den Vortrag schilderte der Vorsitzende, Genosse Wittmaack, eingehend die

Vorbereitungen zum Wahlkampf.

Die Mandatensliste der Sozialdemokratischen Partei ist bereits aufgestellt gewesen zum vorigen Wahltermin, der auf Verweiden der bürgerlichen Parteien verlegt wurde. Sie wird geführt von dem Genossen Baer und Plumböhm. In Magdeburg werden wahrscheinlich als Mandatensitzungen einmündig werden. Unter der sozialdemokratischen die sogenannte „Einheitsliste“, geführt von Flugwacher und Mener. Die Liste der Demokraten wird geführt von dem Namen Henning und Schüller. Das Zentrum stellt wieder Herrn Ebers auf. Außerdem sind noch zu erwarten zwei volkische Listen und die Liste der Kommunisten. Als neu tritt in Erscheinung die Volksrecht- und Aufwertungspartei.

Die Partei hat in den letzten Wochen bereits 60 Veranstaltungen durchgeführt, die für die Wahlen Propaganda machen sollen. Am 2. Oktober wird durch eine Veranstaltung im „Volkshaus“, mit den Genossen Weims und Baer als Redner, der Wahlkampf auf einen Höhepunkt geführt werden. Am 6. November tritt in einem Frauenabend die Genossin Luise Schröder. Der 11. November findet die Sozialdemokraten in der Stadthalle. In der Revolutionsfeier spricht der Genosse Leo Landsberg. Endl. wird auch am 15. November noch eine Versammlung abgehalten.

In den Bezirken haben Veranstaltungen begonnen, in denen der Parteitagessinn und ein anderer Agitationsfilm vorgeführt werden. Am 13., 14., 15. und 16. November werden auf öffentlichen Plätzen Gesangsveranstaltungen gegeben, wobei durch Lautsprecher auch Reden verbreitet werden. Auch sonst wird die Straßenpropaganda ausgebaut werden. Die städtische Werbung wird einige Flugblätter und Plakate von außerordentlichem Wirkungsgrad bringen.

Der Genosse Wittmaack erinnerte dann daran durch Wahlsondierung an der Aufbringung der sehr hohen Kosten mitzuhelfen.

Sehr wichtig ist die Aufklärung unwissender Wähler über die Bedeutung der Ausweiskarten,

die ihnen vom städtischen Wahlamt zugegangen sind. Sie stellen keine Aufforderung zur Eintragung in die Listen des Volksbegehrens dar, haben mit dem Hagenberggrumml überhaupt nichts zu tun, sondern sind nur die Benachrichtigung, daß der Wähler in die Wählerliste eingetragen ist, die für die Gemeindevahlen gelten. Verlust der Karte bedeutet nicht Wahlrechtsverlust. Es kann durch das Wahlamt eine Ersatzkarte ausgestellt werden. In den Krankenhäusern werden diesmal keine Abstimmungslokale eingerichtet, da das nach den gesetzlichen Bestimmungen nicht möglich ist.

Die Wahlhandlung wird sich nach ministerieller Anordnung wie folgt abspielen: Der Wähler erhält beim Eintritt in das Wahllokal einen Stimmgeld mit Umschlag in Rosa. Es ist der Zettel für die Provinziallandtagswahl. Damit tritt der Wähler hinter den Schirm, kreuzt an und geht zur Wahlurne. Nachdem er seine Stimme für die Provinz abgegeben hat, wird festgestellt, ob er auch wahlberechtigt ist für die Stadtverordnetenwahl. (Zum Gemeindeparlament darf nur wählen, wer 6 Monate und mehr am Orte wohnt.) Wird das Gemeindevahlrecht bejaht, so erhält der Wähler zum zweitenmal einen Stimmgeld in weißer Farbe und einen Umschlag, mit dem er auch zum zweitenmal hinter den Wahlschirm treten muß. Das Wahlgeschäft muß von jedem Wähler, der über 6 Monate in Magdeburg wohnt, zweimal getätigt werden. Diese Regelung wurde getroffen, um die große Zahl unzulässiger Stimmen, die entstehen bei Verwechslung der Zettel. Die Wahlzeit beginnt um 9 Uhr vormittags und endet 6 Uhr nachmittags.

In der Aussprache wurde noch eine Anzahl Anfragen beantwortet. Dazu schloß Genosse Wittmaack die Sitzung mit der Aufforderung, unermüdetlich die kommenden Wochen zur Aufklärung zu benutzen und jeden Wähler zur Urne zu bringen, damit wir am Abend des 17. November sagen können:

Unser ist der Sieg!

Die sozialdemokratischen Kandidaten

Die Liste der Sozialdemokratischen Partei zur Stadtverordnetenwahl in Magdeburg enthält folgende Namen auf:

1. Baer, Otto, Geschäftsführer
2. Plumböhm, Willi, Geschäftsführer
3. Pader, Fritz, Ehefrau
4. Daniels, Eric, Zimmerher.
5. Manert, Ernst, Geschäftsführer
6. Höl, Arns, Lagerhalter
7. Demmer, Friedrich, Bauvar
8. Rinte, Ehrenfried, Kaufmann
9. Hübner, Walter, Comptoir
10. Mühl, August, Geschäftsführer
11. Müller, Emil, Redakteur
12. Hammerich, Emil, Rechtsanwalt und Notar
13. Bach, Julius, Verbandsbeamter
14. Steinf, Albert, Vorsteher im Arbeitsamt
15. Lange, Franz, Gewerkschaftsbeamter
16. Hartmann, Antonia, Geschäftsführerin
17. Riefstner, Otto, Gewerkschaftsangehelfter
18. Risch, Richard, Funktionär
19. Bachmeyer, Ludwig, Gewerkschaftssekretär
20. Winger, Albert, Genossenschaftssekretär
21. Grotz, Otto, Dreher
22. Kaufers, Kurt, Geschäftsführer
23. Winger, Otto, Parteisekretär
24. Gorgas, Albert, Rentner
25. Becker, Emil, Postassistent
26. Kuhnert, Otto, Gewerkschaftsbeamter
27. Klant, Fritz, Geschäftsführer
28. Magdanz, Richard, Dreher
29. Thiele, Gustav, Gewerkschaftsbeamter
30. Grummenerl, Siegmund, Sekretär
31. Binort, Luise, Hausfrau
32. Gernig, Reinhold, Parteisekretär
33. Vormann, Karl, Gewerkschaftsangehelfter
34. Rüdiger, Franz, Geschäftsführer
35. Büchtemann, Franz, Dreher
36. Kachra, Hermann, Hallemeister
37. v. d. Keith, Klaus, Gewerkschaftsangehelfter
38. Dr. Braun, Heinrich, Rechtsanwalt und Notar
39. Schüller, Georg, Gewerkschaftsangehelfter
40. Kiepschl, Wilhelm, Redakteur
41. Hoffmann, Karl, Gewerkschaftsbeamter a. D.
42. Kagner, Dorothee, Ehefrau
43. Theising, Ernst, Dr. med., pratt. Arzt
44. Schümer, Georg, Studiendirektor
45. Kleblatt, Rudolf, Straßenbahn-Wagenführer
46. Tabin, August, Klempner
47. Volk, Eduard, Stadthalterinspektor
48. Anasov, Adolf, Reichsbahnassistent
49. Alinder, Richard, Buchbindermeister
50. Schulz, Wilhelm, Angestellter
51. Böckermann, Helene, Lehrerin a. D.
52. Weber, Richard, Dreher
53. Wünschmann, Bernhard, Arbeitersekretär
54. Zent, Karl, Vorarbeiter
55. Ute, Kurt, Gewerkschaftsangehelfter
56. Schreiber, Paul, Formar
57. Krante, Willi, Mechaniker
58. Köhler, Fritz, Architekt
59. Guntel, Robert, Feuerwehmann a. D.
60. Herzig, Ernst, Metzger
61. Jänisch, Fritz, Arbeitersekretär
62. Eichert, Hugo, Installationsmonteur
63. Wiegand, Johannes, Lagerhalter
64. Grzeschke, Max, Arbeitsvermittler
65. Aome, Marie, Witwe
66. Griebel, Bernhard, Dreher
67. Dies, Willi, Lagerhalter
68. Bamig, Karl, Zeitungsangehelfter
69. Schulze, Karl, Dreher
70. Eichholz, Gustav, Kraftfahrer
71. Hoff, Hermann, Abteilungsleiter
72. Pape, Arthur, Bundessekretär
73. Kalitzki, Wilhelm, Maurer
74. Bruchke, Werner, Jugendsekretär
75. Riedler, Oskar, Verwaltungs-Bevölkerungsbeobachter
76. Bach, Paul, Gewerkschaftsbeamter
77. Bank, Gustav, Gewerkschaftsangehelfter.

Ende der
Werbeweche
Nein!

Weiter werben!!

Nachrichten aus der Provinz

Flugzeugabsturz im Nebel

Der am Morgen des Montags herrschende starke Nebel hatte in der Nähe von Kanis im Kreise Biegenrüd einen Flugzeugabsturz verursacht. Eine Junkers-Sportmaschine, von dem Jungflieger Johann Müller geföhrt, verlor sich im Nebel. Beim Heruntergehen stieß das Flugzeug gegen die Äste eines Gehölzes. Das Flugzeug wurde bei dem Anprall vollkommen zerstört, der Pilot wurde in schwerverletztem Zustand ins Krankenhaus gebracht.

Zodessturz mit dem Motorrad

Hilweil Bedenken bei Solzwebel geriet ein Motorrad, das mit zwei jungen Leuten an der Hand geföhrt wurde, auf dem Sommerweg. Hierbei stürzte der Fahrer. Der Soziusfahrer wurde in den Straßengraben geschleudert. Er erlitt sehr schwere Verletzungen und wurde schleunigst in die Klinik des Dr. Schulz in Dießdorf gebracht. Kurz nach seiner Entlassung erlag er seinen schweren Verletzungen. Der Fahrer ist mit leichteren Verletzungen davongekommen.

Drei Zigarren für's Inflationsbegehren

In Barleben hat am Donnerstag der Gutsbesitzer Köhn bewiesen, daß es mit der Not der Landwirtschaft nicht so schlecht bestellt ist. Nachmittags gegen 2.30 Uhr war Arbeitslohn um 3 Uhr waren die Arbeiter im Büro des Gutsbesizers versammelt. Nach einem Vortrag über das Volksbegehren bekam jeder drei Zigarren. „Der Tag heute wird auch bezahlt, nun müßt ihr alle zum Einzeichnen gehen!“

Einige Arbeiter hatten dann auch nichts eiligeres zu tun, als dem „Wunsch“ des Köhn nachzukommen, damit sie immer noch Kind bei ihm bleiben. Wie unwürdig ist es doch, für drei Zigarren den Feinden der Arbeiterklasse nachzulaufen und sich gegen seine eignen Klassenkämpfer zu wenden.

Schweigen wäre klüger gewesen

Die „neutrale“ evangelische Kirche.

Der anhaltische Landeskirchenrat hat eine Kundgebung zum Volksbegehren erlassen, in der es u. a. heißt:

Die katholischen Bischöfe haben sich gegen das Volksbegehren ausgesprochen. Die evangelische Landeskirche ist ihrem Wesen nach nicht in der Lage, eine ähnliche Kundgebung für oder gegen das Volksbegehren zu erlassen. Sie kann auch keiner Partei zuliebe eine bestimmte Entscheidung fällen. Die evangelische Kirche hat aber den Wunsch, daß die Freiheit der Gewissen auch in Zeiten großer politischer Erregung gewahrt bleibt und jeder politische Kampf mit Sachlichkeit, Ehrlichkeit und Achtung des Gegners geführt wird.

Ausgerechnet die orthodoxe evangelische Kirche gibt hier vor, für die Freiheit der Gewissen zu sein. Ihrem Wesen nach könne sie nicht wie die katholische gegen das Volksbegehren auftreten. Das glauben wir ihr. Sie hält es ja mit den Feinden der Republik und tut jetzt so, als ob sie sein neutral ist. Wir rufen auf solche Neutralität. Wer nicht für mich ist, der ist wider mich, steht in der Bibel; das sollten die neutralen Herrschaften im anhaltischen Landeskirchenrat doch schon gelesen haben. „C. Hütten du doch geschwiegen“, antwortete vor dem Landeskirchenrat zu seinem Verlegenheitsauftritt.

Kreis Wanzleben

Bahrendorf

Versammlung der Arbeitsinvaliden.

Kollege Lüdt gab den Bericht von der Kreisversammlung, aus dem ganz besonders hervorging, daß die Forderung des Vorstandes auf Erhöhung der Mischsätze volles Verständnis des Kreisauschusses gefunden hat, was in der Bewilligung der Forderung zum Ausdruck gekommen ist. Durch diese Erhöhung kommt die Verbesserung in der Invalidenversicherung nun tatsächlich den Rentnern zugute! Kollege Lüdt beschloß sich denn mit den Gemeindevätern, indem er das Wirken der Sozialdemokratischen Partei förderte. Wenn wir im Kreis Wanzleben eine vorbildliche Sozialpolitik betreiben können, so liegt das an den sozialistischen Mitgliedern des Kreisauschusses und dem Landrat. Wenn diese soziale Politik weiter getrieben und mit den Maßnahmen in der Gemeinde ausgedehnt werden soll, dann ist es Pflicht jedes Rentners, die Liste der Sozialdemokratischen Partei zu wählen. Für die Gemeindevätern ist von der Partei den Rentnern eine Verrückung an ausschließlicher Stelle durch den Kollegen Lüdt als besondern Kenner der sozialen Forderung gesichert. Die Sozialrentner werden nun am 17. November Gelegenheit haben, ihr bei der Gemeindevätern gegebenes Versprechen, der Partei die Treue zu halten, einzulösen.

Die Versammlung nahm diese Ausführungen zu und vertrat die Ansicht, daß der Verband, an sich politisch neutral, die Pflicht habe, derjenigen Partei, die den Kampf für die Befreiung der Forderungsgemeinschaften führt, bei den Wahlen zu unterstützen. Deshalb wählen am 17. November die Arbeitsinvaliden die sozialdemokratische Liste.

Dann wurde die Werbung beschlossen. Einige Kollegen erboten sich zur Hauszitation. Dann wurden die Änderungen in der Vertragsfassung bekanntgegeben. Genosse Lüdt wurde beauftragt, sich über das Verhalten des Gemeindevorstandes in einigen Unterstützungssachen beschwerdeführend an den Kreisauschuss zu wenden. Das Verhalten des Kollegen Volkstedt wurde einer scharfen Kritik unterzogen. Die nächste Versammlung soll sich mit dieser Angelegenheit nochmals befassen. Mit der Aufforderung, nun an die Werbearbeit zu gehen und neue Streiter im Kampfe für den sozialen Fortschritt zu gewinnen, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Kreis Jerichow I

Warschau

Gemeindevorsteher-Sitzung.

Endlich wurde das letzte Wort in der Sports- und Gemeindevorsteher-Sitzung gesprochen. Der am 3. November geführte Kampf um der Schul- und Armen Straßensatz von der polnischen Gemeinde künstlich empor. Der Kreisverrat stellt sich auf 2700 Mark, die mit 7 Prozent der wertvollen Mitteln bei der Interessengemeinschaft vorzuziehen. Der Erlös der noch ausstehenden Bäume fällt nach dem vorliegenden Eigentümern zu. In den Schulvorstand der landw. Hochschulgemeinschaft wurde Genosse Albrecht gewählt. Bei Prüfung des Vermögensjahres und Bilanz der Finanzverwaltung für 1924. Der allem fehlen noch elektrische Lampen, die unbedingt angebracht werden müssen. Es wurde beschlossen, nach Eingang der Kontenanschläge die erforderlichen Lampen anzuschaffen. Der folgende Bau des Wohnhauses am Gemeindefeld wurde nach dem Antrag auf Erledigung. Der bei der Regierung beantragten 4000 Mark Wohnhauszuschuß können wegen Mangels an Geld noch nicht gegeben werden. Dem Antrage, der der Gemeinde einwilligen die Summe zur Verfügung stellen sollte, geht es aber auch nicht, und aus den von privater Seite angebotenen Mitteln den Bau sofort auszuführen, würde eine Erhöhung der Mieten bedeuten, die jedenfalls doch hoch genug werden. Es bleibt also leider der Gemeinde nichts weiter übrig, als zu warten, bis die Regierung die noch erforderliche Summe der Gemeinde geben kann. Hoffentlich dauert das nicht mehr allzu lange, denn Wohnungsnotwendige sind genügend vorhanden. Da die Sitzung wahrheitsgemäß die letzte vor den Neuwahlen war, gab der Vorsteher, Genosse Schmidt, einen kurzen Heberblick über die Tätigkeit in der letzten Wahlperiode und sprach der Verehrung seinen Dank für die geleistete Arbeit aus. Es sind 55 Sitzungen abgehalten worden.

Randau

Sozialdemokraten ins Gemeindeparlament!

Die Parteiverammlung befaßte sich mit der Aufstellung weiterer Kandidaten. Der folgende Vorschlag der Funktionäre wurde mit großer Mehrheit angenommen:

Der Gasvertrag in Burg angenommen

Aus dem Bürger Stadtparlament

Zu einer außerordentlichen Stadtparlament-Sitzung traten die Stadtväter zusammen, um über den Vertriebsvertrag mit der Gasversorgung-Magdeburg-Anhalt-KB. und über Erwerbslosenentwürfe zu beschließen.

Genosse Gehling gab zunächst ein Schreiben des Verbandes der Maler bekannt, in dem der Wunsch ausgesprochen wird, daß bei Vergabe von Arbeiten nur dem der Zuschlag erteilt wird, der die tarifliche Löhne zahlt. Es wird dann bemängelt, daß bei Abgabe der Kostenschläge Unterschiede zu verzeichnen gewesen sind, die den Verdacht erwecken, daß nicht ganz korrekt vorgegangen ist. Die Angelegenheit wurde der Baudeputation und dem Magistrat überwiesen.

Von der bürgerlichen Fraktion wurde ein Antrag eingereicht, in dem die

Ausführung der Oberbürgermeisterstelle gefordert

wird. Genosse Wiegand stellte fest, daß der Antrag nicht behandelt werden könne, da der Oberbürgermeister sein Amt nicht zur Verfügung gestellt hat. Die Genossen Härkeim und Bracklow erklärten, daß ihre Fraktion der Dringlichkeit nur zugestimmt habe, um eine Ausdrücke über den bürgerlichen Antrag zu ermöglichen. Die Dringlichkeit wurde aber vom Magistrat abgelehnt, somit fand keine Erörterung statt.

Zur Verhandlung kommen dann die Anträge der Erwerbslosen. Von diesen wird gefordert, zu Weihnachten eine Beihilfe zu bewilligen, und zwar für den verheirateten Erwerbslosen 30 Mark und für jeden ledigen 15 Mark, ferner für die Selbstversorger und Haushaltungsvorstände 5 Zentner Mehl, 5 Zentner Kartoffeln und 1/2 Zentner Holz. Vom Wohlfahrtsamt sind über diese Anträge Beratungen angeleitet worden. Es wurden dafür 63 000 Mark und 47 000 Mark, also 110 000 Mark, erforderlich sein. Diese Summe steht aber nicht zur Verfügung. Darum ist der Magistrat bei seinen Verhandlungen noch zu keinem Ergebnis gekommen. Wenn man Anträge stellt, muß man sich doch vorher überlegen, ob sie durchgeführt werden können. Das Greidbare zu fordern, ist vernünftige Politik. Mit den 110 000 Mark im Antrag auf dem Papier können die Erwerbslosen nichts anfangen. Deshalb wurde ein

sozialdemokratischer Antrag für die Erwerbslosen

eingebbracht, der verlangt, daß zur Behebung besonderer Notstände während des Winters 14 000 Mark an beschränkte Erwerbslose und sonstige Hungerkämpfer bereitgestellt werden.

Selbst der kommunistische Redner Schindler gab zu, daß der Stadt die von den Erwerbslosen geforderten Mittel nicht zur Verfügung stehen. Die Bürgerlichen stimmten durch Stadtv. Gebhardt dem sozialdemokratischen Vorschlag zu. Stadtrat Genosse Gens betonte, daß die Forderung individuell betrachtet werden müsse. Im Wohlfahrtsamt werde alles getan werden, um die größten Notstände zu beseitigen. Der Kommunist Steigler verlangte unbezweigt von Veranordnung, daß hier 14 000 Mark

- 1. Wilhelm Meier, Maurer; 2. Wilhelm Stephan, Maurer; 3. Hans Ziehm, Zimmerer; 4. Alwin Scholz, Zigarrenarbeiter; 5. Fritz Döbermann, Schlosser; 6. Otto Sellow, Eisenleger; 7. Ernst Weiche, Maurer; 8. Willi Wege, Maurer; 9. Wilhelm Stephan II, Maurer; 10. Paul Mühlberg, Maurer; 11. Otto Gensel, Zimmerer; 12. Stephan Stolpe, Zimmerer.

Es liegt nun an der Einwohnerschaft zu entscheiden, wer nach dem 17. November in unserm Erie regieren soll. Laßt allen Hader und persönlichen Streit am 17. November zu Hause, wählt geschlossen die Liste der Sozialdemokratischen Partei!

Nach Verlesung des Werbematerials schloß der Vorsitzende die gut besuchte Versammlung.

Kreis Jerichow 2

Kade

Vorwärts zum Kampf! Die von der Partei einberufene öffentliche Versammlung war von 120 Personen besucht. Genosse Langenbeck aus Burg führte den Kampf vor. Im Anfang war das Wort. Dann sprach er über die Bedeutung der Kommunalwahlen, warnte die Bürger gegen das Volksbegehren und ermahnte mit seinen Ausführungen harten Votum. Die Versammlung war ein voller Erfolg für die Partei, mehrere Neuaufnahmen wurden gemacht. Die Anwesenden forderten, daß sich die Arbeiterchaft von Kade mit einer einheitlichen Liste an den Gemeindevätern beteiligen soll. Die Liste wurde anstandslos für sie gilt es zu werden.

Ferchland

In einer Volksversammlung sprach Genosse Langenbeck über die Bedeutung der Kommunalwahlen. Seine Ausführungen fanden harten Beifall der Versammlung, ganz besonders aus der Richtung des Volksbegehrens wachte. Die in dieser Versammlung beschlossene Liste zur Gemeindevorsteherwahl wurde einstimmig genehmigt, und von allen Anwesenden wurde das Versprechen gegeben, die Liste der Sozialdemokratischen Partei aufs beste zu unterstützen.

Kreis Wolmirstedt

Weisendoeel

Die sozialdemokratischen Kandidaten.

Die Parteiverammlung war nicht sehr gut besucht. Hoffentlich wird es nach der schweren Feldarbeit dann besser! Genosse Hermann erhaltete eingehend Bericht von der Unterzirkulierung. Genosse Herrmann ergänzte den Bericht nach durch treffende Ausführungen. In der Debatte beteiligte sich noch Genosse Meinel. Genosse Frank hat 13 neue Leser gewonnen; in vier Wochen, wenn die Landbevölkerung nicht mehr so sehr in der Partei hoch werden, so beruht er, noch mehr zu gewinnen kann. Genosse Hermann gab dann den Bericht von der Sitzung der Kommission. Ihre Kandidatenliste wurde einstimmig genehmigt. Es sind folgende Genossen: Emil Herrmann, Andreas Döbermann, Otto Frank, Walter Gabel, Fritz Juch, Alfred Berner, Karl Meinel, Fritz Engler, Walter Weier und Fritz Hammer. Wir bitten unsere Anhänger, in die Wahlen, die im Gemeindevorstand ausliegen, Einsicht zu nehmen.

Genosse Herrmann hielt dann einen kleinen Vortrag über das Volksbegehren und bittet jeden Genossen, dafür zu sorgen, daß sich kein Einwohner in die Liste der Erwerbslosen einträgt. Zum Schluss von Mitgliedern meldeten sich drei Genossen. Genosse Gens hat die Gemeindevorsteher-Sitzungen befragt, um zu sehen, wie die Genossen über das Volksbegehren denken. Der Vorsitzende machte auf den neuen Volkskalendar aufmerksam. Der 9. November soll feierlich begangen werden; die Kommission soll die Vorarbeiten erledigen. Zum Sammeln für den Wokfonds sollte sich Genosse Gens zur Verfügung stellen. Genosse Frank dankte für das gezeigte rege Interesse und schloß die Versammlung in trüber Stunde.

Das Hausprophetenamt besuchte auch unsern Ort und fand aufmerksame Zuhörer. Lehrer Winter von der dritten Klasse verwarnte, mit seinem Radio die Versammlung zu hören. Wir hätten mehr Toleranz von einem Erzieher erwarten, oder wollte sich der Lehrer beim Bauern Märchen damit brüsten, auf der Höhe zu sein!

Emden

Die sozialdemokratische Liste. Die sozialdemokratische Liste zur Gemeindevahl ist nach einstimmiger Annahme durch die Parteiverammlung eingereicht worden. Kandidaten sind: 1. Wilhelm Bieder, 2. Friedrich Rabe, 3. Wilhelm Bonath, 4. Ernst Götze, 5. Wilhelm Kettel, 6. Alfred Aufeld, 7. Hermann Rode, 8. Willi Prinsedde, 9. Alwin Rabe, 10. Walter Bierwisch. An der Gemeindevorsteherwahl liegt es nun, dieser sozialdemokratischen Liste zum Siege zu verhelfen. Wir können und wollen keine Ver-

36 000 Mark ausgeworfen werden. Er wußte, daß diese Summe nicht da ist, trotzdem brachte er diesen reinen Agitationsantrag ein. Daß auch die Stadtväterordnungen an gesetzliche Bestimmungen gebunden sind, schiebt er beiseite. Die Hauptfrage für die Kommunisten ist: Forderungen so hoch wie möglich stellen, damit sie unbedingt abgelehnt werden, und dann tüchtig auf die Sozialdemokraten schimpfen, die solchen kommunistischen Insult nicht mitmachen.

Die Genossen Kammler und Sowacl sagten den Kommunisten das nötige. Bei dem Zusatzantrag der Kommunisten, die Unterstützungen auch an diejenigen zu zahlen, die Pflichtarbeit abgelehnt haben und darum keine Unterstüfung erhalten, stimmten die Kommunisten schließlich der Milderung zu, daß jene Leute, erst wenn sie wieder in den Genuß der Unterstüfung kommen, auch die Vergünstigungen erhalten sollen. Als sie aber diese Milderung ihrer Anträge vornehmen wollten, brachten sie wieder neue Momente in den Antrag hinein, gegen die sich die Genossen Gens und Sowacl wenden mußten. Als jede Belehrung der Meisterei vergeblich war, wurde der kommunistische Antrag abgelehnt und der sozialdemokratische Antrag einstimmig angenommen.

Verpachtung der Gasanstalt.

Nun kam die wichtige Vorlage des Abchlusses eines Vertriebsvertrages mit der „Gamanag“ zur Verhandlung. Genosse Gehling erörterte den Vertrag und gab die Änderungen, die noch im Vertragsentwurf vorgenommen worden sind, bekannt. Die Gesellschaft wird eine große Summe in dem Gaswerk anlegen müssen, um es rentabel zu gestalten. Die Rechte der Arbeiter und Angestellten, auch nach der Aufhebung der Verträge, bleiben gewahrt. Heijinger von der SPD. führte aus, daß sie zu dem Verträge nicht die Zustimmung geben. Genosse Gehling verteidigte die Meinung unserer Fraktion, daß es der Stadt nicht möglich sein wird, mit der Ferngasversorgung zu konkurrieren. Um die Stadt vor Schaden zu bewahren, müsse der Vertrag mit der „Gamanag“, einem genossenschaftlichen Unternehmen, abgeschlossen werden. Das kann jederzeit vor der Einwohnerschaft mit gutem Gewissen vertreten werden.

Genosse Kammler trat ebenfalls für die Annahme des Vertrages ein und gab ein Bild von den Arbeiten, die die Kommission geleistet hat. Er stellte an Heijinger die Anfrage, was die Kommunisten tun würden, wenn seine Änderungsanträge in der Kommission angenommen worden wären. Er antwortete echt kommunistisch, daß sie dann den Vertrag so gestalten würden, daß er für die Gesellschaft unannehmbar wäre. Das ist kommunalpolitische Kommunalpolitik. Mit diesen Mäßen könnte Heijinger selbst in Rußland keine Lorbeeren ernten.

Die Abstimmung ergab Annahme des Vertrages gegen die Stimmen der Kommunisten. Die sich aus dem Verträge ergebende Anleihe von 400 000 Mark von der „Gamanag“ ist damit ebenfalls angenommen worden.

iprechnungen wachen, aber die Partei bietet die Gewähr, daß zum Wohle des gesamten waffenden Volkes auch in Emden gearbeitet werden wird. Jeder denkende Arbeiter, Angestellte, Kleinbauer und Beamte wird am 17. November die Liste wählen, deren Kandidaten für ihn eintreten. Das ist die Liste der Sozialdemokratischen Partei.

Draakenstedt

Die Kandidaten unserer Partei.

In der gut besuchten Parteiverammlung gedachte der 1. Vorsitzende des verstorbenen Außenministers Ertsefmann, vor allem dessen Verdienste. Eingänge wurden verlesen und beraten. Das Buch „Kommunalpolitische Richtlinien“ soll vom Bücherfonds der Arbeitsgemeinschaft beschafft werden. Nach längerer Aussprache wurde beschlossen, mit folgender Liste in den Wahlkampf zu ziehen:

Gustav Daencke, Albert Klau, Andreas Biering, Wilhelm Herbit, Friedrich Kühne jun., Matthias Heinrich jun., Friedrich Müller, Otto Berlin, Karl Gammann sen., Hermann Brandt, Eisenbahner, Wilhelm Meier, Gustav Heinrich. Nun heran an die Arbeit, stehen doch zwei Listen gegen uns! Niemand lasse sich durch Einschüchterns beirren. Treib haben unsere Vertreter mit offenem Bisher gekämpft für gute Arbeit innerhalb des Gemeindepardaments.

Kolbitz

Wählt Liste Braumann!

In einer gut besuchten Parteiverammlung wurden die Kommunalwahlen vorbereitet. Der Vorsitzende erarbeitete Bericht über die Tätigkeit der Kommission zur Kandidatenaufstellung. Als Führer unserer Liste in der Genosse Braumann einstimmig wieder gewählt. Die folgenden Kandidaten sind: Lücke, Volkmar, Sommer, Kummert, Hebeder, Schmidt, Siebert, Lautert, Hermann Lücke, Hoste, Wilhelm Lücke, Ober, Striller, Kühner, Hof, Brandin, Neubauer. Auch hier herrschte volle Einmütigkeit. Genosse Lücke erarbeitete noch Bericht von der Unterzirkulierung. Mit einem Hinweis auf die Werbeweche und einem Aufruf an die Parteigenossenschaft, in den letzten Wochen vor dem 17. November für die Liste Braumann zu werben, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Schmersleben

Gerüht zum Wahlkampf. Die Parteiverammlung war gut besucht. Die Beratung über die Kandidatenliste zur Gemeindevorsteherwahl ergab nach längerer Aussprache die Aufstellung folgender Genossen: Wilhelm Wischerop, Wilhelm Glabe, Otto Siegmund, Wilhelm Schulze, Hermann Krull, Andreas Knibbig, Wilhelm Wegner, Andreas Wehrhorn und Wilhelm Karpe. Es wurde beschlossen, am 9. November eine Wählerversammlung abzuhalten. Mit einem Hinweis auf die Werbearbeit schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Kreis Neuhaldensleben

Beschlüsse des Kreisauschusses.

Der Kreisauschuss beschäftigte sich in seiner letzten Sitzung vom 14. Oktober u. a. mit Grenzberichtigungen zwischen den Gemeinden Neuhaldensleben und Althaldensleben, Haldensleben und Nordgarnersleben sowie Schmersleben und Erleben. Es sollen vor allem die bisher Althaldensleben gehörenden nördlich der Chre gelegenen Grundstücke, genannt die „Dohne“, zu Neuhaldensleben umgekehrt die bisher zu Neuhaldensleben gehörenden südlich der Chre gelegenen sogenannten „Grabenweiden“ mit Althaldensleben vertauscht werden.

Zur Ausrüstung einer Freiwilligen Feuerwehre in Ostingersleben sowie zur Anschaffung einer Motorpumpe in Kottmorsleben wurden Beihilfen bewilligt. Ebenso bewilligte der Kreisauschuss eine einmalige Beihilfe von 500 Mark für die Kleinfinderschule in Ummendorf, einen Zuschuß von 50 Mark für den Milchanschluß in Neuhaldensleben sowie einen Zuschuß von 180 Mark zur Abhaltung einer Kolonial-Ausstellung in Neuhaldensleben.

Sundisburg

Einem genussreichen Abend veranstaltete die Frauengruppe der Arbeiterwohlfahrt im Rißmannschen Lokal. Hierzu waren auch die Sozialrentner eingeladen worden und zahlreich erschienen. Sie wurden reichlich mit Kaffee und Kuchen bedacht. Kollege Gehling begrüßte die zahlreich erschienenen Gäste. Durch Mitwirkung des Arbeiter-Gejangvereins wurde die Feier veredelt; es wurden fünf Vieder vorgelesen. Ein Theaterstück und Regitationen wurden gegeben. Eine Verlosung vieler Gegenstände

